

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 30. Juli 1965

Blatt 1993

Ein neues Wahrzeichen anstelle der Florianikirche

Zufriedenstellendes Ergebnis einer Besprechung zwischen Erzdiözese und Stadtverwaltung

30. Juli (RK) Gestern fand im Erzbischöflichen Palais zwischen Erzbischof Koadjutor Dr. Franz Jachym und Bürgermeister Bruno Marek, der in Begleitung der Stadträte Kurt Heller und Rudolf Sigmund erschienen war, eine Besprechung statt. Die Zusammenkunft hatte den Zweck, schwebende Probleme zwischen der Erzdiözese und der Stadtverwaltung zufriedenstellenden Lösungen zuzuführen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch über die in der Mitte der Wiedner Hauptstraße stehende und nun nicht mehr benützte Florianikirche gesprochen. Im Hinblick darauf, daß diese Kirche für die Seelsorge keine Bedeutung mehr hat, die bauliche Unterfangung und Konservierung aber 20 bis 25 Millionen Schilling kosten würden, kann eine Erhaltung der Kirche weder von der Finanzverwaltung der Gemeinde noch von jener der Erzdiözese verantwortet werden. Dem bestehenden Vertrag entsprechend, wird die Erzdiözese termingemäß den Auftrag zur Abtragung des alten Kirchengebäudes geben.

Um den verschiedenen Wünschen gerecht zu werden, hat Bürgermeister Bruno Marek vorgeschlagen, nach Abtragung der Kirche einen Wettbewerb für ein Wahrzeichen auszuschreiben, das an dieser Stelle errichtet werden soll. In dieses Wahrzeichen wird auch ein Glockenturm eingeplant, welcher gleichzeitig der neuen, Ecke Wiedner Hauptstraße-Laurenzgasse erbauten Kirche dienen soll, die keinen Glockenturm hat. Auf alle Fälle wird auch der jetzt hinter der Florianikirche stehende alte Bildstock wieder aufgestellt.

Der Vorschlag fand die Zustimmung der Erzdiözese. Nähere Einzelheiten über das zu errichtende Wahrzeichen werden die von der Stadtbauamtsdirektion auszuarbeitenden Wettbewerbsbedingungen enthalten.

Bester an deutscher Kraftwerkerschule - ein Wiener E-Werks-Beamter
 =====

30. Juli (RK) Bei den zur Erzeugung von elektrischer Energie eingesetzten modernen Dampfkraftwerken, den sogenannten Kraftwerkblöcken, handelt es sich um äußerst komplizierte Hochleistungsenergieerzeugungsanlagen, an denen Dampftemperaturen bis zu 530 Grad Celsius und Drücke von über 200 atü auftreten. Für den Betrieb solcher Anlagen kann nur ein sehr gut geschultes Personal herangezogen werden. Daher müssen die dort tätigen Werkmeister einen erlernten einschlägigen Beruf aufweisen und nach Absolvierung der Werkmeisterschule sowie der Heizer- und Maschinistenprüfung einen zehn Monate dauernden Kraftwerksmeisterlehrgang besuchen.

Den diesjährigen Lehrgang in der Kraftwerkerschule Esslingen (Bundesrepublik Deutschland) besuchten 31 Teilnehmer, darunter auch fünf Österreicher. Wie nun aus der "Esslinger Zeitung" vom 24. Juli hervorgeht, hat bei der in der vergangenen Woche stattgefundenen Zeugnisverteilung der Vertreter der örtlichen Industrie- und Handelskammer besonders hervorgehoben, daß schon seit Jahren - es war in Eblingen der siebente Lehrgang - der Prüfungsbeste kein Deutscher, sondern ein Österreicher ist. Bei diesem Lehrgang war es Alexander Hutter von den Wiener Stadtwerken-Elektrizitätswerken.

Der Generaldirektor der Wiener Stadtwerke Dr. Karl Reisinger hat im Beisein des Direktors der Elektrizitätswerke Dipl.-Ing. Otto Ruiss den Betriebsbeamten Alexander Hutter empfangen, zu seinem schönen Erfolg beglückwünscht, ihm die Anerkennung des Unternehmens ausgesprochen und ihm gleichzeitig eine Belohnung überreicht. Im Anschluß daran wurde der neue Kraftwerksmeister auch von Gemeinderat Dr. Maria Schaumayer empfangen, die gegenwärtig Stadtrat Dr. Hans Wollinger vertritt.

Mit Hutter haben bisher acht Werkmeister des Kraftwerkes Simmering den Titel eines Kraftwerksmeisters erworben.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

30. Juli (RK) Heute vormittag trat der Wiener Gemeinderat zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. Nach der Eröffnung erhoben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen um des verstorbenen Gemeinderates Dr. Josef Jakl (SPÖ) zu gedenken, dem Bürgermeister Bruno Marek einen längeren Nachruf widmete.

Bürgermeister Marek teilte hierauf mit, daß vier Anfragen vorliegen, und zwar je eine von seiten der ÖVP-und KLS-Fraktion, und zwei von Gemeinderäten der FPÖ. Eine davon ist als dringliche Anfrage gestellt. Ferner liegen dem Gemeinderat drei Anträge der Gemeinderäte Maller und Lauscher (KLS), Dr. Helene Stürzer und alzer (ÖVP) und Mühlhauser und Eleonora Hiltl (ÖVP) vor. Gemäß der Geschäftsordnung wies Bürgermeister Marek die Anfragen und Anträge den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zu. Die dringliche Anfrage wird der Gemeinderat noch heute behandeln.

Wahl in die Gemeindebezirkskommissionen

Als erster Punkt der Tagesordnung wird die Neuwahl in die 23 Wiener Gemeindebezirkskommissionen, die die Schöffenlisten zu überprüfen haben, vorgenommen. Der Gemeinderat beschloß, die Zahl der Vertrauenspersonen, die außer dem Bezirksvorsteher oder dessen Stellvertreter diesen Kommissionen angehören, mit 14 festzulegen. Davon werden jeweils acht von der SPÖ, vier von der ÖVP und je eine von der FPÖ und den KLS nominiert. Die Wahlvorschläge der Parteien wurden einstimmig angenommen.

Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht für 1964

Den ersten Verhandlungsgegenstand bildet der Rechnungsabschluß der Stadt Wien für 1964 und der Bericht des Kontrollamtes über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1964. Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik bezeichnet es als ein gutes Zeichen für eine Verwaltung, wenn in so kurzer Zeit ein Überblick über ein abgelaufenes Arbeitsjahr gegeben werden kann. Wie es die Verfassung vorschreibt, war der Rechnungsabschluß zur Einsichtnahme aufgelegt. Vom Recht der Einsichtnahme haben nur zwei Gemeindemitglieder Gebrauch gemacht, und nur einer von ihnen

hat Erinnerungen eingebracht, das heißt, einen schriftlichen Kommentar abgegeben.

Gegenüber dem Voranschlag, in dem ein Abgang von 206,285.900 Schilling angenommen war, beträgt der tatsächliche Abgang nur 12,974.043 Schilling. Zum Ausgleich der Jahresrechnung mußte dieser Abgang der Rücklage entnommen werden. Dadurch erscheinen Einnahmen und Ausgaben in der gleichen Höhe mit 8.173,270.230 Schilling ausgewiesen. Die Allgemeine Rücklage beträgt mit Stand vom 31. Dezember 1964 636,1 Millionen Schilling.

Vizebürgermeister Slavik wies darauf hin, daß die Einnahmentwicklung und damit auch die Möglichkeit zu vermehrten Leistungen innig mit der wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Bundesgebietes zusammenhängt. Wir haben das Glück, in einer Zeit steigenden Wohlstandes zu leben. Diese günstige Entwicklung kommt auch im Rechnungsabschluß der Stadt Wien für das Jahr 1964 zum Ausdruck. Die Einnahmen haben - ohne durchlaufende Darlehensgebarung und Abschlußbuchung - um 621,4 Millionen Schilling oder 8,5 Prozent gegenüber dem Voranschlag 1964 zugenommen. Die Landes- und Gemeindeabgaben sind im Vergleich zum Voranschlag um 11,3 Prozent, die Einnahmen aus dem Finanzausgleich um 13,9 Prozent und die Gebühren und sonstigen Einnahmen um 2,1 Prozent gestiegen. Durch diese Mehreinnahmen konnte nicht nur der Voranschlagsabgang von 206,3 Millionen Schilling fast zur Gänze, zu 93,7 Prozent, aufgeholt werden, sondern auch Ausgaben getätigt werden, die im Voranschlag nur im geringen Umfang oder überhaupt nicht vorgesehen waren, so für die zinsfreien Instandhaltungsdarlehen für die Renovierung der Althäuser, für die Gasgeräte-Aktion, für die Modernisierung und den Neubau von Schulen, für den Wohnhausbau, für Straßen- und Brückenbauten. Die Mehrausgaben wurden zum größten Teil bei Investitionen getätigt, die der Bevölkerung Wiens das Leben erleichtern und schöner machen. Zum kleineren Teil handelt es sich um Darlehen, deren Rücklauf die Gebarung der folgenden Jahre günstiger gestalten wird.

Die Einnahmen setzen sich aus folgenden großen Gruppen zusammen:

Landes- und Gemeindeabgaben einschließlich von Zuschlägen zu Bundesabgaben: 1.756,300.000 Schilling = 22,1 Prozent der Gesamt-

./.

einnahmen. Einnahmen aus dem Finanzausgleich: 3.123,300.000 Schilling = 39,4 Prozent.

Gebühren und sonstige Einnahmen: 3.051,100.000 S. = 38,5 Prozent.

Dazu kommen noch die Aufnahme von Darlehen für die Wiener Stadtwerke im Ausmaß von 229,6 Millionen Schilling und die Beträge der Abschlußbuchungen von 13 Millionen.

Die Landes- und Gemeindeabgaben haben einen Mehrertrag von 178,1 Millionen erbracht. Daran waren beteiligt: die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital mit 69,4 Millionen, die Lohnsummensteuer mit 44,7 Millionen, die Grundsteuer mit 11,4 Millionen, die Vergnügungssteuer mit 13,4 Millionen, Getränke- und Geflügelsteuer mit 15,2 Millionen, Anzeigenabgabe 11,6 Millionen, Ankündigungsabgabe 3,9 Millionen, Feuerschutzsteuer 2,5 Millionen, Ortstaxe 2,5 Millionen, Sportgroschen 1,3 Millionen, Ausgleichsabgabe nach dem Wiener Garagengesetz 1,2 Millionen, restliche kleinere Abgaben 0,7 Millionen. Durch die günstige wirtschaftliche Lage wurden bei fast allen Steuern und Abgaben Mehreinnahmen erzielt, lediglich bei der Abgabe für das Halten von Hunden und bei den aufgehobenen Abgaben konnten die Ansätze nicht erreicht werden, wodurch geringfügige Mindereinnahmen zu verzeichnen sind.

Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich mit 39 Prozent der bereinigten Einnahmen sind um 381 Millionen höher als im Voranschlag angenommen.

Heuer noch höhere Investitionen der Gemeinde als 1964

Die Rücklage von 636,1 Millionen Schilling war zur Gänze in Kassenbeständen gedeckt. Alle im Zusammenhang mit dem durch die Magistratsdirektion herausgegebenen Erlaß aufgetauchten Vermutungen sind daher völlig irreführend. Alle Kombinationen über diesen Erlaß, der die Dienststellen auf die gesetzlichen Vorschriften aufmerksam macht, gehen völlig daneben. Es geht auch völlig daneben, wenn es heißt, daß die Konjunkturbremse angezogen wird. Es wird 1965 mehr ausgegeben werden als 1964. Die Kombinationen führen höchstens dazu, daß man die Bevölkerung falsch informiert. Allerdings ist es für die Verwaltung der Stadt Wien gar nicht leicht, wenn ihr der Innungsmeister der Bauinnung mitteilt, daß sie nur darauf warten, zu erfahren, um wieviel Prozent höher der Voranschlag auf dem Gebiet des Wohnbaus sein wird, damit sie dann die Preise entsprechend regulieren. Das ist kein erfreulicher Zustand, weder für die

Bauwirtschaft noch für die Wiener Stadtverwaltung als einem der größten Bauherren. Es stimmt auch nicht, daß die SPÖ einer Debatte ausweicht.

Um vier Prozent weniger Personalaufwand

Der Kassenstand betrug Ende des vergangenen Jahres 956,4 Millionen Schilling; die berühmte "Rathaus-Milliarde" wurde diesmal nicht ganz erreicht. Im Rechnungsabschluß 1965 wird die Situation ähnlich sein.

Die Gesamtausgaben betrugen im Berichtsjahr 8,17 Milliarden Schilling. Von den Ausgaben entfielen 28,2 Prozent auf den Personalaufwand, 39,6 Prozent auf den Sachaufwand und 32,2 Prozent auf Investitionen. Die Minderausgaben beim Personalaufwand um vier Prozent gegenüber dem Voranschlag sind darauf zurückzuführen, daß der Personalstand nicht voll aufgefüllt werden konnte; es mußten anderweitige Arbeitskräfte herangezogen werden, um verschiedene Dienstleistungen zu erbringen.

Die Zahl der Bediensteten am Jahresende 1964 war mit 33.755 ausgewiesen, das sind um 95 mehr als Ende 1963. Besonders drückend war der Personalmangel beim Anstaltenamt, bei der Stadtreinigung und beim Fuhrpark. Der Personalfehlbestand betrug beim Jugendamt minus 13, bei Heimen für Kinder und Jugendliche minus 59, bei den Altersheimen minus 187, bei den Krankenanstalten minus 568, beim Allgemeinen Krankenhaus minus 279, bei den Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke minus 48 sowie bei Stadtreinigung und Fuhrpark minus 205.

Die Zahl der Pensionisten hat sich im Berichtsjahr von 16.705 auf 17.020, also um 315, erhöht. Der Gesamtaufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüsse betrug im Vorjahr 515,8 Millionen Schilling.

Die Personaltangente war mit 28,2 Prozent um 1,8 Prozent geringer als veranschlagt; sie blieb gegenüber dem Jahresabschluß 1963 mit 28,1 fast unverändert.

Mit Gesamtausgaben von 3,1 Milliarden Schilling erforderte der Sachaufwand nur um 24,7 Millionen Schilling mehr als veranschlagt.

Höhere Ausgaben für Straßen-, Brücken- und Wasserbauten

Für den Straßenbau wurden um 88,6 Millionen Schilling mehr ausgegeben als veranschlagt, für Brücken und Wasserbau 86,9 Millionen Schilling mehr. Für die Gärten wurden um 43,7 Millionen Schilling mehr ausgegeben, davon für die Errichtung des Donauparks 22,5 Millionen und für die Durchführung der WTG 5,9 Millionen. Für die öffentliche Beleuchtung hat Wien im Jahre 1964 um 7,4 Millionen Schilling mehr ausgegeben als präliminiert, für das Grundwasserwerk Lobau um 31 Millionen Schilling mehr und für Grunderwerbungen um 58,9 Millionen Schilling mehr.

Der Referent bespricht hierauf eingehend die Gebarung der einzelnen Geschäftsgruppen.

Bezugnehmend auf den Wohnhausneubau stellte Vizebürgermeister Slavik fest, daß im vorigen Jahr 5.063 Wohnungen übergeben, 4.240 bereits im Bau befindliche weitergebaut und 5.203 neu begonnen wurden. Es stimmt also nicht, wenn Pressemeldungen behaupteten, daß wegen des Wahljahres 1964 mehr Wohnungen als sonst fertiggestellt wurden. Vielmehr entspricht deren Zahl dem bisherigen langjährigen Durchschnitt.

Auf dem Gebiet des Straßenbaues wurde rund ein Zehntel des Wiener Straßennetzes neu gebaut oder wiederhergestellt. Insgesamt wurden 240 Kilometer durchschnittlicher Fahrbahn und 230 Kilometer Gehsteige errichtet. In diesem Zusammenhang verwies der Referent auf Pressemeldungen, die berichteten, daß Straßenfachleute festgestellt hätten, daß in Wien für den Straßenbau zu wenig ausgegeben werde. Einerseits führt man darüber Beschwerde, daß es zu viele Baustellen und Umleitungen gäbe, andererseits bemängelt man, daß für den Straßenbau zu wenig getan wird. Vor allem aber ist den Straßenfachleuten bei den Vergleichen, die sie zwischen Wien und anderen Bundesländern zogen, ein Mißgriff passiert, wie er Fachleuten eigentlich nicht unterlaufen dürfte. Es wurden nämlich die Prozentzahlen der für den Straßenbau aufgewendeten Summen aus anderen Landesbudgets mit den entsprechenden Prozentzahlen des Wiener Budgets - in dem Gemeinde- und Landesaufgaben gemeinsam aufscheinen - verglichen. Da in den anderen Landesbudgets keine der zahlreichen und hohen Ausgaben für Gemeindezwecke aufscheinen, wirkt bei diesen der Anteil für den Straßenbau naturgemäß höher. Diese Verzerrung ergibt

ein vollkommen falsches Bild. Da kaum angenommen werden kann, daß Fachleute von diesem grundlegenden Unterschied nichts wissen, haben sie davon offenbar nichts wissen wollen, um die Stadt Wien angreifen zu können. Die gezogenen Vergleiche sind nichts anderes als schamlose Irreführungen, durch die die Öffentlichkeit belogen werden soll. Überdies ist die Qualität der Wiener Straßen sicher besser als die in den zum Vergleich herangezogenen Bundesländern.

Immer mehr Kongresse in Wien

Im Jahre 1964 gab es 228 Empfänge. Der Referent weist die Vermutung zurück, daß diese hohe Zahl im Zusammenhang mit den Wahlen steht. Der Grund dafür ist vielmehr die steigende Zahl von Kongressen und Tagungen in Wien.

Auch wegen des Geldes, das der Bürgermeister nach freier Verfügung für besondere Zwecke ausgeben darf, wurde ebenfalls Kritik geübt. Aber der Bürgermeister kann genau so wenig wie der Finanzreferent "hingehen und in die Kassa greifen". Jeder Tresor kann nur gleichzeitig mit drei verschiedenen Schlüsseln geöffnet werden, die drei verschiedene Beamte in Verwahrung haben. Im übrigen sei er überzeugt, daß in anderen, oft viel kleineren Städten, der Bürgermeister mehr Geld ausgibt, als in Wien.

Abschließend teilt Vizebürgermeister Slavik mit, daß zu dem Rechnungsabschluß eine einzige Erinnerung abgegeben wurde, die die Geschäftsgruppen V (Gesundheit), XI (Allgemeines), XII (Unternehmungen) betrifft. Der Referent beantragt, die Erinnerung den zuständigen Ausschüssen zur Erledigung zuzuweisen und stellt dann auch die formellen Anträge zur Annahme des Rechnungsabschlusses.

Der Bericht des Kontrollamtes

Hierauf beschäftigt sich Vizebürgermeister Slavik mit dem Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1964. Das Kontrollamt verweist auf die wachsende Personalknappheit und die Bemühungen der Stadtverwaltung, dieser durch Rationalisierungsmaßnahmen zu begegnen.

./.

Auch im Bauwesen macht sich die Verschärfung des Facharbeitermangels bemerkbar. Die beschränkten Ausschreibungen haben entgegen der Befürchtung, daß Preisabsprachen vorgenommen werden, niedrigere Baupreise als die freien Ausschreibungen gebracht.

Hierauf beschäftigt sich der Referent mit den Details des Berichtes des Kontrollantes.

Vizebürgermeister Slavik verwies darauf, daß die Beteiligungsunternehmen der Stadt Wien im Jahre 1964, soweit sie wirtschaftliche Zielsetzung haben, die gesteckten Ziele nicht nur produktions- und leistungsmäßig erreichten, sondern daß auch die Erfolgslage zufriedenstellend war.

Der Referent bespricht dann eingehend die in den einzelnen Verwaltungsgruppen gemachten Wahrnehmungen. Beim ersten Hauptstück, den Personalangelegenheiten, verweist er auf die Bemühungen, auch die Berechnung der Aktivbezüge der Bediensteten des Magistrats in das Arbeitsprogramm der elektronischen Datenverarbeitungsanlage mit einzubeziehen.

Beim zweiten Hauptstück, Finanzwesen, ergibt die Entwicklung der Steuern folgendes Bild: Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 819,4 Millionen um 68,8 Millionen mehr als 1963, Lohnsummensteuer 394,7 Millionen = plus 30,9 Millionen, Grundsteuer 151,4 Millionen = plus 4,5 Millionen, Vergnügungssteuer 88,4 Mill. = plus 1,7 Mill. Getränke- und Geflügelsteuer 179,6 Mill. = plus 8 Mill. Insgesamt stiegen die Landes- und Gemeindeabgaben gegenüber 1,7 Milliarden im Jahre 1963 auf 1,85 Milliarden im Jahre 1964, also um rund 131,4 Millionen Schilling, die Ertragsanteile an Bundesabgaben und Zuschläge zu Bundesabgaben von 2,8 auf 3,1 Milliarden. Die Einnahmen aus Steuern und Abgaben erhöhten sich von 4,5 auf 4,97 Milliarden.

Bei den Städtischen Büchereien konnte ein erfreuliches Anwachsen der Zahl der Leser unter den Kindern um 12 Prozent festgestellt werden.

Die Zahl der durch Tuberkulose verursachten Todesfälle ist von 1948 bis 1963 um rund 75 Prozent gesunken.

Wie das Kontrollamt aufzeigt, wurden 1964 in einem Altersheim für Haar- und Bartpflege bloß rund 2.100 Schilling aufgewendet; ein anderes Heim, das nur dreieinhalbmal so groß ist, hat für den gleichen Zweck 120.000 Schilling gebraucht. (Vizebürgermeister Dr. Drimmel: Dort haben die Leute einen Bart gehabt! - Heiterkeit.) Das Kontrollamt hat eine gleichartige Regelung für alle Spitäler angeregt, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

Die Modernisierung und Automatisierung bringt neue Probleme der Überprüfung, die das Kontrollamt zu bewältigen hat. Es hat sich herausgestellt, daß auch mit Hilfe von Buchungsautomaten unsaubere Gebarungen durchgeführt werden konnten.

Das Kontrollamt stellt fest, daß sich im traditionellen Wohnhausneubau die durchschnittlichen Wohnungsgrößen von 61,79 Quadratmeter im Jahre 1963 auf 60,2 Quadratmeter im Jahre 1964, also um 2,6 Prozent, verringert haben.

In vier Jahren Baukosten um 46 Prozent gestiegen

Mit besonderem Nachdruck unterstreicht der Referent die Feststellung des Kontrollamtes, daß die Gesamtbaukosten je Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche sowie je Kubikmeter umbauten Raumes seit dem Jahre 1960 bis 1964 um rund 46 Prozent angestiegen sind.

Ende 1964 befanden sich 9.443 Wohnungen im Bau; Ende 1963 waren es 9.289.

Nicht unerwähnt soll die Tatsache bleiben, daß bei der Montagebauweise mit der gleichen Anzahl von Bauarbeitern pro Stiegenhaus oder pro 100 Wohnungseinheiten die doppelte Anzahl von Wohnungen als bei der herkömmlichen Bauweise hergestellt werden.

Die andauernde Hochkonjunktur bringt die bedauerliche Tatsache mit sich, daß seitens der städtischen Dienststellen und des Kontrollamtes auf den Baustellen immer mehr Beanstandungen vorgebracht werden müssen. Im steigenden Maße weisen Handwerkerarbeiten Mängel auf.

Die Montagebau Wien-Ges.m.b.H. konnte im Berichtsjahr mehr als 1000 Wohnungen rechtzeitig übergeben, wobei keinerlei bemerkenswerte Nacharbeiten erforderlich waren.

Bei der Prüfung der Baukosten und der Baupreisbildung ergab sich, daß Angebote bis zu 300 Prozent differieren.

Bei den Gärten hat das Kontrollamt festgestellt, daß Arbeiten im Donaupark abgenommen wurden, obwohl auf den abzunehmenden Baulichkeiten eine Schnee- und Eisdecke lag und so die Ordnungsmäßigkeit der erbrachten Leistungen gar nicht feststellbar war.

Die Frequenz der Warmbäder ist im Berichtsjahr neuerlich um acht Prozent zurückgegangen. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß eine immer größere Anzahl von Wiener Wohnungen über eigene Bäder verfügt.

Sowohl bei den Märkten als auch bei den Schlachthöfen hat das Kontrollamt festgestellt, daß die aus dem Jahre 1951 stammenden Tarife nicht mehr kostendeckend sind.

Bezüglich der Prognose für den Abgang bei den Wiener Stadtwerken hat sich das Kontrollamt geirrt. Das Defizit hat sich gegenüber 1963 nicht erhöht, sondern vielmehr verringert. Die Stadtwerke werden gegenwärtig gründlich durchleuchtet, um alle wirtschaftlichen Maßnahmen treffen zu können, die für eine finanzielle Sanierung dieser Betriebe nötig sind. Diese Maßnahmen sind derzeit Gegenstand eingehender Beratungen.

Der Referent ging dann auf alle anderen Unternehmungen ein, an denen die Stadt Wien beteiligt ist und die durch das Kontrollamt untersucht wurden. Namentlich hob er die erfreuliche Entwicklung bei der Wiener Montagebau-Ges.m.b.H., der Wiener Messe-AG. und der Firma Odelga hervor, die, von der Gemeinde in konkursreifem Zustand übernommen, durch eine großartige Aufbauleistung zu florierenden Betrieben geworden sind. Vizebürgermeister Slavik wies abschließend auf die lobenden Bemerkungen hin, in denen der Kontrollamtsbericht die Bemühungen aller Gemeindedienststellen um eine saubere und rationelle Verwaltungsarbeit würdigt.

Debatte über Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht

GR. Lauscher (KLS) verweist als erster Debattenredner auf die Bedeutung des Kontrollamtsberichtes und die Tätigkeit des Kontrollamtes überhaupt und geht auf einige unangenehme Begleiterscheinungen der Hochkonjunktur ein. Namentlich die Baupreissteigerung von 46 Prozent in fünf Jahren könne nicht mit den erfolgten Lohnerhöhungen erklärt werden, sondern sei auf die skrupellose Ausnutzung der Baukonjunktur durch profitgierige Unternehmer zurückzuführen. Die Differenzen bis zu 300 Prozent bei Angeboten zeigen

daß manche Kreise glauben, sich auf Kosten der öffentlichen Hand rasch bereichern zu können. Dagegen müßten Maßnahmen getroffen werden. Die ungünstige Entwicklung der Bauzeiten zeigt den Vorteil der Montagebauweise und rechtfertigt den Plan einer Ausweitung dieses Verfahrens. Jedoch soll der Montagebau in der öffentlichen Hand bleiben, weil er nur dann seine regulierende Funktion erfüllen kann.

Der Redner geht ferner auf die Kritik des Kontrollamtes an vermeidbaren Straßenaufgrabungen ein, plädiert für eine bessere Entlohnung der Gemeindebediensteten und fordert eine Erhöhung des Bundesbeitrages zum Unterhalt der Spitäler, die im Vorjahr ein Defizit von 600 Millionen Schilling gebracht haben. Gemeinderat Lauscher sprach sich gegen eine Erhöhung des Straßenbahntarifses, die das Kontrollamt anregt, aus, weil eine Aufstellung des Kontrollamtes selber zeige, daß bisher noch keine Tarifierhöhung die erwartete Sanierung gebracht hat.

Eine bessere Auslastung der Ruder- und Paddelhalle der Stadthalle sei nur durch eine Herabsetzung der Trainingsgebühren, die derzeit 85 Schilling pro Stunde betragen, möglich.

Der Redner unterstreicht die Forderung des Kontrollamtes nach niveauvolleren Stadthallenfilmen. Er hebt auch hervor, daß das Hotel auf dem Kahlenberg nicht ausgelastet ist.

Abschließend erklärt Gemeinderat Lauscher, die KLS-Fraktion werde den Bericht zur Kenntnis nehmen. Die Vorschläge für Gebührenerhöhungen könne er allerdings nicht akzeptieren.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meint zunächst zum Referat des Berichterstatters, wenn es der Zweck gewesen ist, hier eine Art Bestrafung für die zahlreichen Rednermeldungen vorzunehmen, so sei dies verfehlt. (Vizebürgermeister Slaviks Referat dauerte drei Stunden. Anmerkung der Redaktion.) Demokratie ist Diskussion, und als Berichterstatter sollte man sich freuen, wenn sich viele Redner melden. Dieses Referat aber komme einer Obstruktionsrede gleich.

Zum Gegenstand selbst bemerkte Dr. Schmidt, daß die Einnahmentwicklung die höchste Steigerung in den letzten Jahren aufweist. Er führt dies zu einem guten Teil auf das Konto der Schillingverdünnung zurück.

Der Redner beschäftigt sich auch mit dem Personalmangel und führt drei Hauptpunkte dafür an, daß die Leute von der Gemeinde Wien weggehen: die Bezahlung, die Arbeitsbedingungen und das Betriebsklima.

Zu den Verkehrsbetrieben bemerkt er, wenn es nicht gelingt an Stelle der Straßenbahn ein schnelles und attraktives Massenverkehrsmittel in der zweiten Verkehrsebene zu schaffen, dann wird es keine Lösung der Misere geben.

Beim Wohnungsbau bezeichnet es Dr. Schmidt als erfreulich, daß der Fertigteilbau endlich auf die zugesagten tausend Wohnungen jährlich gekommen ist. Die Unwirtschaftlichkeit kleiner Baustellen wurde allerdings wieder in erschreckenden Beispielen aufgezeigt.

Zum Kontrollamt selbst: immer wieder wurde die Forderung nach größerer Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Kontrollamtes erhoben. Anzustreben wäre also eine Revision der Verfassung, damit das Kontrollamt ähnlich wie der Rechnungshof nicht dem Bundeskanzler sondern dem Parlament unterstellt wird. Nun soll aber daran gedacht werden, das Kontrollamt dem Magistratsdirektor zu unterstellen. Eine solche Regelung müsse abgelehnt werden.

Abschließend erklärt der Redner, daß die FPÖ-Fraktion den Bericht des Kontrollamtes und den Rechnungsabschluß zur Kenntnis nehmen werde.

GR. Haag (ÖVP) bezeichnet es als besonders markant, daß die Einnahmen aus dem Finanzausgleich stark gestiegen sind. Es spricht dafür, daß auch der neue Finanzausgleich nicht anders aussehen sollte.

Die Getränkesteuer belastet besonders die alkoholfreien Getränke. Die ÖVP habe schon viele Vorstöße unternommen, um hier Härten zu mildern, leider sei man jedoch immer auf taube Ohren gestoßen.

Der Redner verweist auf Härten, die sich seinerzeit aus der Neufestsetzung der Einheitswerte ergeben haben und bringt unter Hinweis auf die durch die Initiative des Finanzministers zustande gekommene Grundsteuergesetz-Novelle einen Antrag ein, wonach in Wien die Einhebung der Grundsteuer nach den neuen Einheitswerten nicht rückwirkend vom 1. Jänner 1963, sondern erst ab 1. Jänner 1965 erfolgen soll.

Schließlich regt GR. Haag an, auch in Wien ein langfristiges Investitions- und Finanzierungsprogramm zu erstellen.

Der Rechnungsabschluß 1964 ist ein genaues Spiegelbild der guten Konjunkturlage, und es ist nur zu hoffen, daß sie ebenso wie die Kaufkraft des Schillings erhalten bleibt.

GR. Dr. Bauer (ÖVP) befaßt sich mit dem Personalmangel und erklärt: Wir wissen, daß der Amtsführende Stadtrat für das Personalwesen bemüht ist, sein Ressort routinemäßig, vor allem nach sozialistischen Gesichtspunkten zu verwalten. Aber genügt heute noch eine einfache Verwaltung, wo neue, moderne Wege gegangen werden müßten, um alle Möglichkeiten zur Überwindung der Krise auf dem Personalsektor auszuschöpfen?

Auf dem Gesundheitssektor ist es bisher dank der Improvisationskunst des Gesundheitsstadtrates Dr. Glück, in erster Linie aber dank der aufopferungsvollen Mehrleistung des gesamten Krankenpflegepersonals sowie durch Schaffung der Bettenzentrale noch einigermaßen gelungen, die Betreuung und Versorgung der Kranken aufrechtzuerhalten. In Zukunft wird es aber in den städtischen Spitälern kaum mehr möglich sein, Kranke entsprechend zu versorgen, solange hinsichtlich des Krankenpflegepersonals nichts Entscheidendes unternommen wird. Alle Bemühungen, die städtischen Spitäler auf den modernsten Stand zu bringen und Spezialabteilungen zu schaffen, müssen vergeblich bleiben, gelingt es nicht, das notwendige, entsprechend qualifizierte und nach Möglichkeit diplomierte Pflegepersonal beizustellen. Der Redner bringt eine an den Personalstadtrat gerichtete Anfrage ein, in der er sich erkundigt, welche Maßnahmen er bisher schon getroffen hat, um den akuten Mangel an Heil- und Pflegepersonal in den städtischen Krankenanstalten zu beheben, und ob er bereit ist, bereits vorliegende Vorschläge zur Linderung des Personalmangels zu überprüfen und dem Gemeinderat über neue Möglichkeiten zur Verbesserung der gespannten Situation zu berichten. Vielleicht wäre auch die bevorzugte Vergabe von Wohnungen an ältere Schwestern ein Anreiz für die weibliche Jugend, diesen Beruf zu ergreifen.

Unter Hinweis auf die gleich schwierige Situation auf dem Personalsektor bei den Verkehrsbetrieben erklärt der Redner: Man kann mit den ergriffenen Rationalisierungsmaßnahmen einverstanden sein. Befremdend aber wirkt, daß die noch immer verbleibende

Lücke bisher nur durch Mehrleistungen geschlossen werden konnte. Befremdend ist auch, daß in den Wagenrevisionswerkstätten und in den Garagen ein Personalunterstand existiert, der jetzt schon bei 25 Prozent liegt, obwohl Leute mit Fahrer- und Autobuslenkerprüfung als Hilfskräfte eingesetzt werden. Diese Situation ist derart unbefriedigend, daß dringend Abhilfe geschaffen werden muß. Dies werde wahrscheinlich nur durch Heranziehung ausländischer Arbeiter möglich sein, die keinesfalls als Konkurrenz inländischer qualifizierter Arbeitskräfte, sondern als willkommener Krisenpolster angesehen werden müßten. Darum sollte der Stadtrat ehestens Verhandlungen mit griechischen, jugoslawischen oder türkischen Stellen einleiten.

Die Situation auf dem Gebiet des Krankenpflegepersonals und bei den Verkehrsbetrieben ist alarmierend. Man wird sie nur meistern können, wenn die zuständigen Stellen endlich und energisch handeln. Bei Stadtrat Bock liege die ganze schwere Verantwortung - er müßte daraus entsprechende Konsequenzen ziehen.

GR. Schreiner (SPÖ) zollt den Beamten Anerkennung für die rasche Vorlage des Berichtes, der gleichzeitig eine Manifestation der Arbeit des Wiener Gemeinderates und der Arbeit der gesamten Wiener Bevölkerung ist. Anerkennung verdient auch der für die Finanzen Verantwortliche, nämlich Vizebürgermeister Slavik.

Der in Mariahilf gestartete erste Versuch, ein "Haus der Begegnung" zu schaffen, hat sich durchaus bewährt. Ein weiteres Haus der Begegnung ist für Floridsdorf geplant. Auch in Döbling besteht die Absicht, eine solche Einrichtung zu schaffen. Es wäre wünschenswert, wenn nach und nach in unserer Stadt mehr solche Häuser der Begegnung entstehen würden als Stätten der Gemeinschaft, als Stätten der Diskussion und als Beweis einer fortschrittlichen, gefestigten demokratischen Entwicklung.

Auf dem Gebiet der Errichtung und Ausgestaltung von Sportplätzen können wir gar nicht genug tun. Erst vor wenigen Tagen hat die in Wien durchgeführte Gymnaestrada deutlich gezeigt, wie der Sport alt und jung zu lebensbejahenden, aufgeschlossenen, gesunden Menschen macht.

Besondere Aufgaben erwachsen unserer Stadt durch die Einführung des neunten Schuljahres. Mit dem Bau von zehn neuen Schulen wurde begonnen. 60 Schulgebäude wurden im vergangenen Jahr modernisiert oder in ihnen größere Instandsetzungen vorgenommen.

Die Zahl der Pflegekinder hat sich im Berichtsjahr um 79 auf 5.272 erhöht. Leider konnten nur 1.342 Kinder bei Pflegeeltern untergebracht werden; fast 4.000 Kinder werden in eigenen oder in privaten Heimen betreut.

Als schönste Ausgabenpost bezeichnet der Redner die Ausgaben für den Wohnhaus- und Siedlungsbau. Allein 892 Millionen Schilling wurden für den gemeindeeigenen Wohnhausbau ausgegeben. Einschließlich der 1964 fertiggestellten 1.007 Montagebauwohnungen wurden im Berichtsjahr insgesamt 5.063 Wohnungen neu besiedelt, 4.200 Wohnungen standen im Bau, und mit der Errichtung von 5.200 Wohnungen wurde im vergangenen Jahr neu begonnen. Mehr als 5.000 weitere Wohnungen konnten im vergangenen Jahr bezogen werden, für die Förderungsbeiträge oder Annuitätenzuschüsse gewährt wurden.

Eine halbe Million Wiener in Gemeindewohnungen

Ende 1964 wohnten 140.631 Familien in von der Stadt Wien errichteten Wohnungen. Damit haben fast eine halbe Million Menschen unserer Stadt den sozialsten Haushorn auf dieser Welt, nämlich die Gemeinde Wien. Als Vermutstropfen in der Wohnbautätigkeit bezeichnet Gemeinderat Schreiner die Entwicklung auf dem Baukostensektor.

Allein 252 Millionen Schilling wurden im Vorjahr für die Straßen unserer Stadt aufgewendet. Sehr oft wird von unseren Kritikern nach einer Planung gerufen, meist von jenen, die diesen Begriff sonst gar nicht so sehr lieben. Selbst der böswilligste Kritiker muß sehen, wie sich an unserer größten Verkehrsader, der Gürtelstraße, Fläche an Fläche und Brücke an Brücke fügt, wie sinnvoll und rasch die Lastenstraße umgebaut wird, um durch Verlegung der Straßenbahn unter die Erde zu einer großen und breiten Entlastungsstraße für den Ringverkehr zu werden. Auch zeichnet sich schon deutlich die Westeinfahrt der Autobahn ab.

Viertelmilliarde für Brücken- und Wasserbau

Der Rechnungsabschluß weist allein für den Brücken- und Wasserbau einen Betrag von einer Viertelmilliarde Schilling aus, über 120 Millionen Schilling verwenden wir für die Lungen unserer Stadt, für unsere Gärten; mehr als 12 Millionen Schilling stehen für die öffentlichen Grünflächen zur Verfügung, die der Wiener Bevölkerung zu ihrer Erholung dienen.

Mit dem Donaupark ist aus einer Ablagerungsfläche ein blühendes Stück Erde geworden. Das Gebiet links der Donau wird in einem ungeheuren Ausmaß aufgewertet. Die Wiener haben von diesen herrlichen Anlagen bereits Besitz ergriffen.

Es ist verständlich, wenn der Großstädter um jeden geschlagenen Baum in seiner Stadt klagt. Der Rechnungsabschluß zeigt jedoch auf, daß in unserer Stadt nicht nur Bäume geschlägert werden, sondern daß sich in der Summe die Anzahl der Bäume erhöht hat. In einem Jahr sind acht neue Alleen von mehr als einem Kilometer Länge entstanden.

Alle angeführten Maßnahmen und Bemühungen sollen dazu dienen, Wien als Juwel unserer Kultur zu erhalten und unsere Stadt trotzdem zu einer modernen Großstadt auszubauen. 1964 sind wir auf diesem Weg zweifellos ein schönes Stück vorwärtsgekommen. Unser Bemühen ist darauf gerichtet, daß unsere Stadt bleibt, was sie ist: der Stolz ihrer Bewohner, ein vielgeliebter Anziehungspunkt für den Fremden und eine menschliche Stadt.

Die sozialistische Fraktion wird dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1964 die Zustimmung geben.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) führt aus dem Kontrollamtsbericht als erfreulichsten Lichtblick an, daß die frühere Wiener Volkskrankheit, die Tbc, eine stark rückläufige Tendenz aufweist. Seit 1948 ist die Zahl der Neuerkrankungen an Lungen-Tbc auf ein Fünftel zurückgegangen, die Zahl der Todesfälle als Folge dieser Krankheit ist um 75 Prozent gesunken.

Ebenso erfreulich sind die Erfolge der auf Initiative des amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen durchgeführten Impfkampagne gegen die gefürchtete Kinderlähmung. Die große Beteiligung der Bevölkerung an den Impfaktionen hat zu einem Sieg über diese Krankheit geführt. Im Juli 1955 waren noch 22 Kinderlähmungsfälle

zu verzeichnen, davon drei mit tödlichem Ausgang; heute muß man bis Juli 1963 zurückblättern, um überhaupt auf einen Todesfall infolge Kinderlähmung zu stoßen.

Bedauerlicherweise ist ein Ansteigen des Alkoholismus zu verzeichnen. Wir dürfen nicht Fatalisten sein und die Zunahme des Alkoholkonsums als Konsequenz und Begleiterscheinung des gestiegenen Wohlstandes betrachten, sondern müßten eine echte Initiative setzen. Vor allem müßten alkoholfreie Getränke von der Getränkesteuer ausgenommen werden. Die Bemühungen der ÖVP auf diesem Gebiet reichen bis zum Juli 1954 zurück, als erstmals der Versuch unternommen wurde, wenigstens eine Befreiung der Milchmischgetränke von der Getränkesteuer zu erreichen. Es ist jedoch nicht gelungen, die Mehrheit dieses Hauses von der Richtigkeit solcher Maßnahmen zu überzeugen. Erst am 26. Juli dieses Jahres ist die Anregung der ÖVP, die in den Mensen verabreichten alkoholfreien Getränke von der Getränkesteuer zu befreien, aus fiskalischen Erwägungen abgelehnt worden.

Noch immer ist es nicht gelungen, die Diskriminierung der Geisteskranken gegenüber den anderen Kranken zu beseitigen, was die Bezahlung der Anstaltskosten betrifft. Fachleute haben festgestellt, daß vor allem in jüngster Zeit die Fortschritte der Medizin Methoden entwickelt haben, durch die bei Geisteskrankheiten echte Erfolge oder zumindest eine wesentliche Besserung erzielt werden können, wenn die Unterbringung in einer Anstalt gewährleistet ist. Es sollen daher nicht finanzielle Erwägungen maßgebend sein, ob ein Geisteskranker in einer Anstalt verbleiben kann oder nicht. Vor allem soll Vorsorge getroffen werden, daß es zu keinen voreiligen Entlassungen von Geisteskranken kommt.

GR. Lehner (ÖVP) verwies auf die Bedeutung der Altersheime in einer Zeit steigender Lebenserwartung. Jedoch bereite der gegenwärtige Zustand der städtischen Altersheime, die zur Zeit ihrer Errichtung eine rechte Sensation dargestellt hatten, vielen Menschen Angst, da hinein zu müssen. Als große Leistung des Pflegepersonals sei es zu werten, daß von den 6.315 Betten der Altersheime 98,3 Prozent belegt werden konnten. Der echte Bedarf an Pflegeplätzen sei sicher noch größer, als die 594 vorliegenden Aufnahmeansuchen annehmen lassen. Der Redner verweist auf das Altersheim des Fonds

der Wiener Kaufmannschaft, das allein mehr als 400 Vormerkungen verzeichne. Daher müsse der Bau weiterer Pensionistenheime beschleunigt werden. Als Idealzustand wäre anzusehen, wenn jeder alte Bürger in der Nähe seines gewohnten Wohnsitzes die Möglichkeit hätte, einen Platz in einem Pensionistenheim zu erhalten.

300.000 Wiener älter als 65 Jahre

Bis zur Erreichung dieses Zieles sei dem Ausbau der Hauskrankenpflege besonderes Augenmerk zu widmen. In Wien gibt es 300.000 Menschen über 65 Jahre und 40.000, die allein in einer Wohnung leben. Der Verein für Hauskrankenpflege beschäftigt 24 diplomierte Schwestern und 146 Helferinnen und konnte die Zahl der Pflegestunden 1964 um 35 Prozent vermehren. Dies bedeute auch eine Entlastung der Spitalsbetten.

GR. Hahn (ÖVP) betonte, daß der Kontrollamtsbericht mehr als ein Sechstel seines Umfanges den städtischen Bauangelegenheiten widme. Manche darauf bezüglichen kritischen Bemerkungen deckten sich mit Wahrnehmungen, die ÖVP-Sprecher im Gemeinderat schon aufgezeigt haben. So sei die Zahl der begonnenen Bauvorhaben jeweils zwei Jahre vor Wahlen besonders hoch, wodurch die Zahl der fertiggestellten Wohnungen von Jahr zu Jahr so schwanke, daß eine kontinuierliche Verteilung des Wohnraumes schwierig werde.

Die Bauzeitüberschreitungen und die festgestellten Maximalbauzeiten rechtfertigen eine Forcierung des Montagebauverfahrens. Der Kontrollamtsbericht beschäftigt sich auch mit den Kleinbaustellen. Die ÖVP habe die Baulückenverbauung immer wieder kritisiert, weil sie unrationell sei und den Mietern hohe Quadratmeter-Zinssätze aufbürde. Der Redner verlas in diesem Zusammenhang einen Antrag der Gemeinderäte Hahn und Dr. Strobl, betreffend die Verbauung von Baulücken. Diesem Antrag zufolge sollen Kleinbaustellen nicht mehr durch die Gemeinde verbaut werden, sondern im Baurecht an gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften vergeben oder anderweitig sinnvoll verwendet werden. Die Zuweisung des Antrages an die Gemeinderatsausschüsse für Bau- und Wohnungswesen wurde beantragt.

GR. Hahn bemängelte, daß die durchschnittliche Wohnungsgröße, die bei den im Jahre 1961 begonnenen Wohnungen 63,5 Quadratmeter betragen habe, bei den im Jahre 1964 angefangenen auf 60 Quadratmeter gesunken sei. Der Redner stellte diesen Werten die vorbildlichen Grundrisse der Montagebauwohnungen gegenüber. ./.

Der Redner greift verschiedene Wahrnehmungen des Kontrollamtsberichtes auf, wie etwa die mangelhafte Koordinierung bei Straßeneinbauten, und erwähnt lobend die Einführung der Netzplantechnik durch die Magistratsabteilung 29.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) schließt sich der Kritik des Kontrollamtes an der Stadthallen-Filmproduktion an. Selbst die "Arbeiter-Zeitung" schreibe schlechte Kritiken über diese Filme. Außerdem sei die Filmproduktion eine finanzielle Belastung und ein sehr großes Risiko. Man sollte dafür sorgen, daß eine Filmproduktion entsteht, die uns nicht zur Schande gereicht, sondern Filme erzeugt, von denen wir stolz sagen können, daß es österreichische Filme sind.

GR. Walzer (ÖVP) beschäftigt sich mit den gemeinwirtschaftlichen Betrieben, die das Kontrollamt zu überprüfen hat. 1964 waren es wieder drei Betriebe mehr, doch niemals wurde im Gemeinderat darüber beschlossen, daß diese Firmen gegründet werden. Der Redner fragt, ob es zur Aufgabe der Gemeinde gehört, in Betriebe einzusteigen, von denen man wirklich nicht sagen kann, daß es sich um die Wahrung kommunaler Interessen oder der Interessen der Wiener Bevölkerung handle. Die ÖVP sei im Prinzip keineswegs negativ zu dieser Frage eingestellt. Es scheine jedoch Slaviks Hobby zu sein, zu zeigen, wie tüchtig er auch auf dem erwerbswirtschaftlichen Sektor sein könnte. Hier muß jedoch eine klare Grenze gezogen werden. Im übrigen hat es sich schon gezeigt, daß Ausflüge auf den erwerbswirtschaftlichen Sektor ins Auge gehen können, siehe Fleischwerke.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) beschäftigt sich mit der in der Verfassung verankerten unabhängigen Stellung des Kontrollamtes. Er tritt dafür ein, das Kontrollamt für die großen Aufgaben freizumachen und es von Lappalien zu entlasten. Er fordert, die Unabhängigkeit des Kontrollamtes zu stärken, damit es keiner wagt, in die Tätigkeit des Kontrollamtes einzugreifen. Im Namen der ÖVP-Fraktion nehme er den Bericht des Kontrollamtes zur Kenntnis.

GR. Josef Fischer (SPÖ) nimmt zu der in der Debatte geäußerten Kritik über den Mangel an Pflegepersonal Stellung. Er vertritt die Meinung, daß nicht eine bessere Bezahlung, sondern vielmehr Berufung, Herz und menschliches Verstehen für diesen Beruf notwendig seien. Dies alles bekommt man jedoch nicht um Geld. Der Redner glaubt, daß sich die Einführung der Vorschule günstig auswirken werde, ebenso die Schaffung von Personalwohnhäusern bei den Krankenanstalten.

Man sollte allerdings auch in irgendeiner Form dafür sorgen, daß sich die Mädchen eine gewisse Zeit für die Krankenanstalten der Gemeinde Wien verpflichten und nicht sofort in ein anderes Bundesland gehen.

Zur Frage der Kosten der Haar- und Bartpflege der Pfleglinge erklärt der Redner, daß diese sobald wie möglich bereinigt wird. Zu dem diesbezüglichen Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Drimmel sagt er: Ich kenne diese Leute, sie haben keinen längeren Bart als in den privaten Heimen.

GR. Lanc (SPÖ) hebt hervor, daß die eigenen Steuern und Abgaben Wiens in den letzten Jahren anteilmäßig durchaus nicht gestiegen sind. In Erwiderung auf Vorredner befaßt er sich dann mit der Entlohnung des städtischen Personals. Er führt die leichte Degression des Anteils des Personalaufwandes darauf zurück, daß 1961 das Budgetvolumen übermäßig gewachsen ist, sodaß automatisch eine Veränderung in der Relation Personalaufwand und sonstiger Aufwand eintreten mußte. 1964 wiederum war ein Abgang von 331 vollbeschäftigten Bediensteten zu verzeichnen. Man muß also die Ursachen der Entwicklung **aufzeigen und darf** nicht oberflächlich Schlüsse ziehen, etwa in der Weise, daß es die Gemeindeverwaltung oder zumindest die Mehrheit im Rathaus darauf abgesehen hätte, den städtischen Bediensteten ihren gerechten Anteil an der allgemeinen Aufwärtsentwicklung der Lebenshaltung vorzuenthalten.

Zu der Feststellung im Kontrollamtsbericht, daß bei öffentlichen Ausschreibungen der zu erwartende scharfe Wettbewerb wegen zu geringer Beteiligung ausgeblieben wäre, verweist der Redner auf eine beim internationalen Gemeindeverband in Straßburg abgeführte Diskussion über Richtlinien für öffentliche Ausschreibungen. Holländische aber auch deutsche Gemeindevertreter haben sich dabei vehement gegen genormte Ausschreibungsgrundsätze ausgesprochen; die Holländer hätten bessere Erfahrungen mit beschränkten Ausschreibungen auf Grund einer Intergemeindekartei gemacht, in der diejenigen Firmen festgehalten sind, die für gewisse Bausparten optimale Leistungen erbringen. Und man soll, wenn man sich schon um eine EWG-Assoziierung oder um eine möglichst weitgehende Integration an den westeuropäischen Wirtschaftsraum bemüht, aus den dort gemachten Erfahrungen die nötigen Schlüsse ziehen.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach Vereinfachung der Lohnverrechnung setzt sich Gemeinderat Lane für die vermehrte Errichtung von Überweiskonten für Lohn- und Gehaltsempfänger sowie für Pensionsempfänger ein. Daran könnten sich auch Anschlußeffecte für andere Verwaltungszweige knüpfen, etwa hinsichtlich des Inkassos gewisser Gebühren durch städtische Dienststellen.

Er tritt dann der Ansicht entgegen, daß die erhöhten Eingänge bei einzelnen Steuersparten inflationäre Tendenzen widerspiegeln, und vertritt die Auffassung, daß der größere Teil dieser vermehrten Steuererträge auf eine echte Kapazitätsausweitung der Wirtschaft zurückzuführen ist. Wären es allgemeine inflationäre Tendenzen, dann dürfte diese Entwicklung nicht nur bei drei Steuern auftreten, dann müßte sich das analog auch bei anderen Steuern zeigen. Daß die Steuerrückstände trotz gestiegenen Budgetvolumens etwas geringer geworden sind, stellt sowohl der Finanzverwaltung als auch der Steuer-moral der Wiener Steuerzahler ein sehr gutes Zeugnis aus.

Die Tatsache, daß die Zahl der erwachsenen Leser bei den städtischen Büchereien stagniert, jene der Jugendlichen sogar rückläufig ist, bei den Kindern dagegen ein erfreulicher Zuwachs von zwölf Prozent festzustellen ist, was das Kontrollamt auf eine bessere Sortierung in der Kinderbuchliteratur zurückführt, sollte Anlaß sein, zu untersuchen, ob etwa das Sortiment in der Belletristik nicht mehr ganz den Bedürfnissen entspricht. Eingehend setzt sich der Redner für die Förderung des Massensports ein, weil das dort investierte Geld mit Zins und Zinseszinsen bei der Gesundheitsfürsorge und der Altersfürsorge wieder hereingebracht wird.

Man soll es nicht so hinstellen, als sei seit Luegers Zeiten auf dem Altersheimsektor nichts geschehen. Sobald wir nach dem Abschluß des Wiederaufbaues Atem schöpfen konnten, ist die Gemeindeverwaltung sofort an eine Modernisierung der Unterbringung für alte Menschen geschritten und hat sich mit der Schaffung von Pensionistenheimen beschäftigt.

Wenn die von Gemeinderat Lehner erwähnte Führung des Altersheimes der Kaufmannschaft wirklich so wirtschaftlich, rationell und wesentlich besser ist als die in den städtischen Altersheimen, dann möge er dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe V die entsprechenden "Etzes" geben. (Gemeinderat Dr. Marga Hubinck: Das ist kein Geheimnis!)

Im Kontrollamtsbericht ist das Krankenhausdefizit mit 594,63 Millionen Schilling ausgewiesen. Dieser Abgang steigt progressiv, er steigt jeweils stärker als das Budgetvolumen. Hoffentlich wird es den Spitalerhaltern gelingen, bei den derzeit laufenden Verhandlungen mit dem Bund eine befriedigende Lösung zu erzielen, denn sonst werden wir auf die Dauer von den Abgängen bei den Krankenanstalten finanziell erdrückt.

Des Weiteren fragt GR. Lanc nach den Ursachen der Reduktion der durchschnittlichen Größe der in der Montagebauweise errichteten Wohnungen.

Zu den Ausführungen des GR. Lauscher, die Tarifierhöhungen bei den Verkehrsbetrieben hätten nie das Defizit beseitigen können, stellt der Redner fest, daß die 1961 vorgenommene Tarifregulierung allein im Jahre 1964 bei 470 Millionen Fahrgästen das Defizit um 188 Millionen Schilling vermindert hat. Ohne Tarifregulierung hätte der zusätzliche Abgang seit 1961 bei den Verkehrsbetrieben bis heute weit über eine halbe Milliarde Schilling betragen. Man soll also auch bei dieser Frage seriös argumentieren. Daß die Kommunisten ihre Argumentation nicht honoriert bekommen, haben ja die Wahlen seit 1945 bewiesen.

Man sollte hier nicht sein Befremden über die Überleistungen bei den Verkehrsbetrieben zum Ausdruck bringen, wie dies GR. Dr. Bauer getan hat, wenn einem bekannt ist, daß diese Überleistungen zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt notwendig sind. Andernfalls müßten Verkehrseinschränkungen und die Stilllegung von Linien seitens des zuständigen Stadtrates verfügt werden. Der für diese Betriebe zuständige Stadtrat kann nicht über den Schatten springen, der von der Personalsituation geworfen wird.

Sowohl den Kontrollierenden als auch den Kontrollierten gebührt der herzlichste Dank für ihre Arbeit. Wir haben mit dem vorliegenden Bericht ein Röntgenbild erhalten. Bis auf kleine Narben, die von seinerzeitigen Beanstandungen herrühren, die inzwischen bereits erledigt sind, zeigt dieses Röntgenbild den Thorax einer gesunden Gemeindeverwaltung.

Damit war die Debatte geschlossen.

In seinem Schlußwort nimmt Vizebürgermeister Slavik zunächst zu der Kritik an der Länge seines Einleitungsreferates Stellung und erklärt: In Staaten mit anderen Systemen werden längere Referate

gehalten. Ich habe nicht den Ehrgeiz gehabt damit zu konkurrieren, denn sonst hätte ich nicht unter einer Redezeit von fünf bis sechs Stunden aufhören dürfen. Tatsächlich habe ich zu meinem Referat über zwei Berichte insgesamt $2 \frac{3}{4}$ Stunden gebraucht. Die etwas ausführlichere Berichterstattung als sonst sollte bezwecken, daß weniger Mißverständnisse in der Öffentlichkeit, bei den Gemeinderäten und auch bei den Kommunalberichterstattem auftreten, die zum Teil im Saale sind, zum größten Teil allerdings im Büffet, von wo aus sie kritisieren werden, daß auch die Gemeinderäte das Buffet besuchen.

Die Debatte hat gezeigt, daß der Bericht in einzelnen Punkten noch immer zu kurz war, insbesondere hinsichtlich der Baupreise. Außerdem wehrt sich der Berichterstatte gegen den Vorwurf, daß er sein Referat verlesen habe; bis auf die Zitierung einiger kurzer Stellen aus dem Kontrollamtsbericht habe er sein Referat völlig frei gehalten.

Zur Personalpolitik stellt Vizebürgermeister Slavik fest, daß in Österreich ein einheitliches Vorgehen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden angestrebt wird. Diese Bemühungen werden vom Österreichischen Städtebund und vom Österreichischen Gemeindebund unterstützt. Nicht zuletzt soll damit verhindert werden, daß über die Landesgrenzen hinweg von den Gebietskörperschaften Bedienstete gekapert werden. Aus diesen Gründen ist es auch nicht möglich, ein eigenes Schema für die Bediensteten der Wiener Stadtwerke oder etwa für die Sozialberufe zu schaffen.

Mit der Forderung, den Krankenanstalten höhere Zuwendungen zu gewähren, hat sich der Spitalerhalterverband Österreichs bereits an die Bundesregierung gewendet. Die stets steigenden Kosten führen zu einer ständigen Steigerung der Spitalsdefizite. Dem Finanzministerium sind bereits zwei Vorschläge unterbreitet worden, die für die Spitalerhalter Erleichterungen bringen sollen.

Die vor kurzem vorgenommene Novellierung des Umsatzsteuergesetzes hat für die Spitäler eine kleine Verbesserung gebracht; leider konnte noch nicht dem Wunsche entsprochen werden, auch den Medikamentenbezug der Spitäler von der Umsatzsteuer zu befreien. Die Verbesserung der Lage der Spitalerhalter wird einer der Schwerpunkte bei den Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich sein.

Der Berichterstatter gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, in Gemeinderat erstmalig die einhellige Meinung anzutreffen, daß die Filmproduktion an sich nichts Verwerfliches, sondern etwas Förderungswürdiges sei. Was die Filmproduktion der Stadthalle betreffe, teile er die Meinung des Kontrollamtes über die mangelnde Qualität der Filme, jedoch sei auf dem Sektor der Filmproduktion auf der ganzen Welt eine Art Kulturflaute zu spüren und die Qualität lasse überall zu wünschen übrig. Immerhin hat ein Film der Stadthalle kürzlich das Prädikat "wertvoll" erhalten.

Von einem "Luxushotel" am Kahlenberg könne keine Rede sein. Es sei lediglich ein Hotel, wie es den neuzeitlichen Anforderungen entspreche. Der Hotelbau wurde zu einer Zeit begonnen, als in Wien größter Mangel an Hotelbetten herrschte; eine gewisse Anlaufzeit muß man jedem Fremdenverkehrsbetrieb zubilligen.

Den Antrag, betreffend die Grundsteuer, werden selbst die Antragsteller nach eingehender Prüfung der Sachlage nicht mehr befürworten können. Das Problem wurde sehr gewissenhaft untersucht: Eine Erhebung vom 20. Mai dieses Jahres ergab, daß von 30.012 Bemessungsfällen 46,8 Prozent eine Erhöhung der Grundsteuer zu erwarten hatten, 53,2 Prozent dagegen eine Senkung. Eine zweite Überprüfung vom 19. Juli im 12. und 21. Bezirk zeigte, daß in 1.718 Fällen eine Erhöhung, in 2.679 Fällen aber eine Ermäßigung der Grundsteuer eintreten wird. Die Auswirkungen der neuen Bestimmungen sind freilich unterschiedlich. Ermäßigungen erhalten vornehmlich Siedler und Besitzer von Einfamilienhäusern, während Besitzer von großen Liegenschaften eine höhere Besteuerung zu erwarten haben. Dies illustrierte der Berichterstatter am Beispiel einer Herrschaftsvilla. Diese verschiedenartige Auswirkung liege jedoch durchaus im Sinn des Gesetzgebers. Der Lärm um die neue Grundsteuerbemessung kommt daher, daß alle, die eine Ermäßigung erhalten, darüber schweigen, alle, die mehr zahlen müssen, dagegen schreien.

Was die Anzahl der fertigen Wohnungen betrifft, ist festzustellen, daß auch schon in früheren Jahren Rekordzahlen erreicht wurden, allerdings zu einer Zeit, in der das Bauprogramm noch nicht so umfangreich war wie heute. Woher kommt aber das Sinken der Zahl fertiggestellter Gemeindewohnungen in manchen Jahren? Durch die Landes-Wohnbauförderung 1954, durch die Neuen Wiener Wohnbauaktionen und andere Förderungsmaßnahmen des privaten und genossenschaftlichen

Wohnbaus wurde die Baukapazität so völlig in Anspruch genommen, daß sich der kommunale Wohnbau mit einer geringeren Wohnbauleistung zufrieden geben mußte. Die Gesamtanzahl der in Wien jährlich fertiggestellten Wohnungen ist immer gleich geblieben und beträgt zwischen 12.000 und 13.000. 1964 ist die Kapazität durch den Montagebau um 1.000 Wohnungen gestiegen.

Zur Diskussion um die Selbständigkeit des Kontrollamtes muß festgestellt werden, daß die Stadtverwaltung von zwei Stellen überprüft wird. Denn auch der Rechnungshof prüft alle Wiener Dienststellen, und das Kontrollamt stellt eine zweite kritische Instanz dar. Freilich will es nicht die gleiche Arbeit verrichten wie der Rechnungshof, sondern mehr ins Detail gehen. Das Reden von einer mangelnden Unabhängigkeit des Kontrollamtes paßt nicht zur ÖVP als einer Partei, die eine Änderung des Rechnungshofgesetzes durchsetzte, um die Stelle des Vizepräsidenten mit einem ihrer Leute besetzen zu können. Was das Wiener Kontrollamt betreffe, könne jeder versichert sein, daß es hier keine Beeinflussungsmöglichkeit gibt.

Den Vorschlag einer Budget-Vorschau habe man schon oft gehört. Auch der Bund hat diesbezüglich eine interessante Initiative ergriffen, die allerdings das Finanzministerium in Schwierigkeiten brachte. Denn eine Vorschau auf der Basis der gegenwärtigen Preise ist unrealistisch. Kalkuliert man dagegen die Kaufkraftverdünnung ein, wird man als Inflationist verschrien. Der Wiener Gemeinderat hat demgegenüber bei seinen Budgetberatungen alljährlich Gelegenheit, alle seine Wünsche vorzubringen und hat einen durchaus realistischen Voranschlag vor sich.

Der Kontrollamtsbericht veröffentlicht eine Statistik über die Unterbringung von Patienten in Spitälern, aus der hervorgeht, daß sich die Wiener Bettenzentrale sehr bewährt hat. Damit ist der Beweis erbracht, daß durch organisatorische Maßnahmen eine Besserung auf dem Spitalbettensektor erreicht werden kann.

Zur Frage des Personalangels in den Spitälern: 1958 gab es in Wien 12.241 systemisierte Betten, für die 8.896 Personen als Pflegepersonal zur Verfügung standen. 1964 waren es 11.469 Betten, aber 9.607 Pflegepersonal, also um ungefähr 700 mehr Beschäftigte. Was die separate Entlohnung und ein separates Schema anlangt, so kann dieses Problem nicht für eine Stadt allein gelöst werden.

Getränkesteuer: Die diese Steuer zahlen, regen sich nie auf, sondern nur die, die die Steuer vom Gast kassieren und bloß abzuführen haben. In Deutschland wurde die Getränkesteuer teilweise abgeschafft, aber Sie können fragen, wo Sie wollen, eine Preissenkung hat sich daraus nirgends ergeben. Im übrigen werden in Wien 25 Millionen Schilling aus der Getränkesteuer in einer Kreditaktion zur Förderung der Betriebe zur Verfügung gestellt.

Eine andere Frage, die aufgeworfen wurde: Die Patienten in den Heil- und Pflegeanstalten. Nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wird diese Frage sicher auf der nächsten Landesfinanzreferentenkonferenz zur Diskussion gestellt.

Altersheime: Ich möchte behaupten, daß selbst die Altersheime Luegers noch die Konkurrenz mit anderen westlichen Altersheimen aushalten. Aber mit unseren neuen Altersheimen liegen wir an der Spitze, und die Pensionistenheime, das haben sie überhaupt noch nirgends zusammengebracht.

Was das abtransportierte Material bei der Hietzinger Brücke anlangt: Man ist daraufgekommen, daß man eine andere Qualität verwenden konnte und hat sich entschlossen, diesen Stahl auszutauschen, weil man damit weniger Material gebraucht hat.

Was die Stadthalle betrifft, so hat Stadtrat Glaserer die vorgebrachten Wünsche gehört. Sicher wird man sich im Aufsichtsrat mit diesen Problemen beschäftigen.

Wenn gesagt wurde, daß die Steuer von der Wirtschaft aufgebracht wird, so bestätige er das gerne; aber nicht nur von der Privatwirtschaft, sondern von der gesamten Wirtschaft, denn alle Betriebe tragen zum großen Steuererfolg bei.

Wenn ich höre, daß wir den Vorsprung westlicher europäischer Städte aufholen sollen, dann stellen sich mir fast die Haare auf. In sozialer Gesinnung tut es uns keine westliche europäische Stadt gleich. Wenn es überhaupt noch Städte gibt, wo wir etwas lernen können, dann sind es skandinavische Städte. Bleiben Sie objektiv gegenüber Ihrer eigenen Vaterstadt, ruft Vizebürgermeister Slavik aus, dann werden Sie zu dem gleichen Urteil kommen. Mir hat einmal ein Herausgeber in einem Gespräch gesagt: "Ich möchte Wien so lieben können wie Sie!" - "Was hindert Sie daran?!", habe ich gefragt, und die Antwort war: "Meine Erziehung". Das dürfte auch bei manchen Gemeinderäten schuld sein. (Demonstrativer Beifall bei der SPÖ. Vizebürgermeister Dr. Drimmel, ÖVP: Das ist eine ungeheure Behauptung,

die wir zurückweisen!) Schade um die Nerven, entgegnet Vizebürgermeister Slavik. Lesen Sie die Urteile ausländischer Journalisten über Wien. (Vizebürgermeister Dr. Drimmel: Wir streiten mit Ihrer Partei und nicht mit der Stadt Wien! - Gemeinderat Hahn, ÖVP: Nicht krampfhaft in Schwung kommen, weil es schon acht Stunden dauert! - Vizebürgermeister Dr. Drimmel: Reden wir nicht darüber, wer Österreich im Ausland herabsetzt!) Mir werden Sie nicht erzählen, entgegnet Vizebürgermeister Slavik, wer Wien draußen zu diskriminieren versucht.

Abschließend erklärt der Referent, wir haben gesehen, daß die Angestellten der Stadt Wien ihre Arbeit ausgezeichnet verstehen und gerne ihre Arbeit leisten. Wir sind ihnen zu Dank verpflichtet. (Allgemeiner Beifall!) Der Referent dankte auch dem Kontrollamt für seine Arbeit.

Bei der Abstimmung wird der Rechnungsabschluß 1964 einstimmig angenommen. Die Erinnerungen werden den zuständigen Ausschüssen zur Erledigung zugewiesen. Ebenso wird der Bericht des Kontrollamtes einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Anfrage der ÖVP wird dem Stadtrat der Geschäftsgruppe I zugewiesen, die beiden Anträge der ÖVP werden zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Rasche Hochwasserhilfe durch Gemeinde Wien

Hierauf legt GR. Herbert Mayr (SPÖ) den Antrag vor, den Magistrat zu ermächtigen, Hochwasserschäden durch Gewährung nicht rückzahlbarer Geldaushilfen zu entschädigen. Für Hilfsmaßnahmen anlässlich der Hochwasserkatastrophe 1965 sollen drei Millionen Schilling genehmigt werden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) begrüßt den Antrag und vor allem die Tatsache, daß die Hilfsmaßnahmen diesmal sehr rasch eingeleitet wurden. Es sei zu hoffen, daß auch die Durchführung rasch, unbürokratisch und großzügig erfolgt. Er regt an, im Herbst dem Gemeinderat einen Bericht über Umfang und Ausmaß dieser Entschädigungsaktion vorzulegen. Da aber die Frist zur Einrichtung dieser Anträge - der 30. Juli - zu knapp gewählt ist und es auch nicht gut aussieht, den Endtermin der Aktion mit dem Tag festzusetzen, an dem sich der Gemeinderat überhaupt erst damit beschäftigt, beantragt er, den Endtermin mit 30. September festzusetzen.

In seinem Schlußwort führt GR. Herbert Mayr aus, daß zurzeit etwa 600 Anträge auf Schadenersatz vorliegen. Die eine Hälfte dieser Anträge betrifft Kulturschäden, die andere Bau- und Möbelschäden. Ein wesentlicher Unterschied bei der Schadensgutmachung zwischen Bund und Stadt Wien besteht darin, daß nach den Bestimmungen des Finanzministeriums nur bei Existenzgefährdung eine Refundierung gegeben wird, während bei der Hilfsaktion der Gemeinde Wien die Mittel dann ausbezahlt sind, wenn die Wiedergutmachung dem Betroffenen nicht zumutbar ist. Hinsichtlich des Anmelde-termins hebt der Referent hervor, daß bereits früher Aufforderungen in Zeitung und Rundfunk erfolgten, sich beim Magistrat oder den Magistratischen Bezirksämtern zu melden.

Gemäß dem Vorschlag des Referenten wird der Abänderungsantrag Dr. Hirnschall einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen und der Vorlage selbst einhellig die Zustimmung erteilt.

Im Herbst bereits 97 Pensionistenklubs

Über den Antrag, die Zahl der Pensionistenklubs von 92 auf 97 zu erhöhen, berichtet GR. Leopoldine Schlinger (SPÖ).

GR. Maria Hlawka (SPÖ) gibt einen Überblick über die Aktionen zur Betreuung alter Menschen, deren Bedeutung dadurch gegeben ist, das ein Viertel der Bevölkerung über sechzig Jahre alt ist.

Mit den Pensionistenklubs wurden Einrichtungen geschaffen, die vor allem den alleinstehenden Menschen über viele Stunden der Einsamkeit hinweghelfen. Diese Klubs erfreuen sich auch immer größerer Beliebtheit. Das Verlangen, in gleichgearteter Gesellschaft zu sein, wird immer größer. Die wesentliche Funktion dieser Klubs ist die Kontaktnahme, die den alten Menschen über das Alleinsein hinweghilft. Neue Freunde, neue Bekanntschaften bereichern ihr Leben. Der Weg von den Wärmestuben zu den heutigen Klubs läßt auch sehr deutlich den gesellschaftlichen Strukturwandel erkennen. 1945 gab es 45 Wärmestuben, 1951 wurden sie zu Tagesheimstätten.

1951 waren die Besucher nur Dauerbefürsorgte, 1957 waren es 32 Prozent Dauerbefürsorgte und 68 Prozent Sozialrentner, und 1963/64 gab es nur mehr 12 Prozent Dauerbefürsorgte und 88 Prozent Sozialrentner, worin sich die volle Auswirkung des ASVG und des GSPVG zeigt. Die Pensionistenklubs erfreuen sich großen Zuspruchs. Für ihren weiteren Ausbau wird Sorge getragen werden. Der Lebensabend der Alten ist heute durch die Sozialgesetzgebung materiell gesichert, die Hilfe der Stadtverwaltung soll ihrem Leben einen menschlichen und gesellschaftlichen Inhalt geben und ihr Leben lebenswerter machen (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Ein neues Sonderkinderkrankenhaus der Stadt Wien

Vizebürgermeister Dr. Drimmel unterbreitet sodann dem Gemeinderat den Antrag, den Neubau des Sonderkinderkrankenhauses der Stadt Wien auf dem Gelände der Nervenheilanstalt Rosenhügel grundsätzlich zu genehmigen und die zur Durchführung der Vorbereitungsarbeiten notwendigen Schritte einzuleiten. Wie er ausführt, ist an eine Bettenzahl von 100 gedacht, darüber hinaus werden wöchentlich 200 bis 300 gehirngeschädigte Kinder ärztlich betreut werden können. Die Kosten werden sich auf 40 Millionen Schilling belaufen. Der Betrag ist verhältnismäßig hoch. Wenn man aber bedenkt, was in einer Familie, in der ein solches Kind lebt, die Mutter zu ertragen hat, und wenn man sich den Erziehungsnotstand vor Augen hält, wird man zur Auffassung kommen, daß es ein gut verwendetes Gold ist.

GR. Dr. Gisel (SPÖ) berichtet, daß er wegen dieser Angelegenheit telephonische Anrufe erhielt, in denen sich die Gesprächspartner nur als "Steuerzahler Wiens" vorstellten. Daraus geht hervor, welche Einstellung die Fragenden hatten. Es gab aber auch Fachkundige, die Einzelheiten wissen wollten. Der Redner gibt einen Überblick auf die bisherigen Leistungen auf diesem Gebiet. In der Sonderstation in Lainz mit ihren 60 Betten wurden in den neun Jahren ihres Bestehens 6.120 Patienten behandelt, davon 657 stationär. Diese Zahl der stationär aufgenommenen erscheint gering, man muß aber bedenken, daß mehr als ein Drittel von ihnen über ein Jahr und oft bedeutend länger in der Anstalt verbleiben muß, ein weiteres Drittel mehr als ein halbes Jahr und nur ein Drittel bis zu acht Wochen. Die bisherigen Untersuchungen ergeben eine reale Grundlage für die weitere Betreuung.

In den anteilmäßig stark vertretenen Fällen der Spastiker - von Krämpfen geplagte Kinder - und der Anfallskranken konnte bei 50 Prozent der Patienten Heilung oder Besserung erzielt werden. Vor allem aber ist die Station von größter wissenschaftlicher Bedeutung. Es wurden über sie bereits 79 wissenschaftliche Referate im Ausland und 71 in Österreich gehalten. Nach dem Muster der Wiener Station sind in Westdeutschland eine und in Polen drei Abteilungen errichtet worden. Der Zustrom ausländischer Fachleute zur Wiener Abteilung für gehirngeschädigte Kinder sowie 110 wissenschaftliche Publikationen, die aus der Anstalt im Laufe von neun Jahren hervorgegangen sind, beweisen deren Bedeutung für die medizinische Forschung.

Das Sonderkrankenhaus wird viele hundert Familien die gestörte Harmonie zurückbringen. Die in diesen Tagen bekannt gewordenen Fälle von Fünflingsgeburten, die wahrscheinlich auf medikamentöse Beeinflussung zurückgehen, zeigen, daß durch die Medizin ungeheure Mächte frei werden können. Da Kinder aus Mehrlingsgeburten cerebral meist unausgereift sind, käme dem Sonderkrankenhaus bei einer allfälligen Häufung solcher Fälle eine weitere große Bedeutung zu.

Der Antrag auf grundsätzliche Genehmigung des Sonderkrankenhauses wurde einstimmig angenommen.

"Am Anfang steht das Amtshaus"

Stadtrat Heller referierte einen Antrag auf grundsätzliche Genehmigung zum Bau eines Amtshauses in dem zu errichtenden Bezirkszentrum Kagran. Der Berichterstatter ruft in Erinnerung, daß die steigende Bevölkerungszahl in den Gebieten links der Donau die Errichtung eines neuen Bezirkszentrums in Kagran nötig macht. Dazu wurde ein Platz an der Wagramer Straße gegenüber der derzeitigen Straßenbahnremise ausersehen. Hier wird auch einmal eine Abzweigung der Schnellstraße zur vierten Donaubrücke vorbeiführen. Für dieses Bezirkszentrum wurde ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben, der sehr erfolgreich verlief. Für das Zentrum sind zahlreiche Bundeseinrichtungen vorgesehen, wie Polizeikommissariat, Finanzamt, Bezirksgericht, Postamt und dergleichen, worüber mit dem Bund bereits verhandelt wurde.

Die Grundstücke sind überwiegend bereits im Besitz der Gemeinde, über den Rest wurden erfolgversprechende Kaufverhandlungen eingeleitet. Der beantragte Grundsatzbeschluss soll nun die Grundfreimachung und die Ausarbeitung von Detailplänen ermöglichen.

In der Debatte begrüßt Gemeinderat Bittner (ÖVP) die Durchführung des Ideenwettbewerbes. Daß am Anfang der Realisierung des Bezirkszentrums just ein Amtshaus steht, paßt in unser bürokratisches Zeitalter und ist immer noch besser, als mit dem Gericht oder dem Finanzamt zu beginnen. Hoffentlich werde die äußere Gestaltung des Amtshauses so sein, daß sich auch die kommenden Generationen seiner nicht zu schämen brauchen. Das geplante Einkaufszentrum möge "konsumgerecht" werden und allen Handeltreibenden die gleichen Chancen einräumen. Für die Jugend möge auch ein Haus der Begegnung errichtet werden. Erfreulich ist auch, daß bereits jetzt ein Platz für einen Kirchenbau eingeplant werde. Sehr wichtig ist es, rechtzeitig für die notwendigen Verkehrsmöglichkeiten zu sorgen, die bereits vorhanden sein müssen, wenn die ersten Bewohner einziehen.

Die Gebiete links der Donau gelten schon lange als städtebauliches Hoffungsgebiet. Bereits Otto Wagner hat sich damit befaßt und neuerdings auch eine Gruppe junger Architekten. Der Stadt links der Donau ihr Gesicht zu geben, ist die städtebauliche Aufgabe unserer Generation. Das Wien diesseits der Donau hat bereits sein uns allen lieb gewordenes Gesicht, das es zu erhalten gilt. Dem Wien jenseits des Stromes aber müssen wir das Gesicht des 20. Jahrhunderts geben, das auch für spätere Generationen noch ansprechend sein soll.

Die Verkehrsprobleme jener Gebiete müssen auf lange Sicht geplant werden, damit die Motorisierung die Entwicklung jenes Stadtteiles nicht nach kurzer Zeit überholt. So sollte von vornherein die zweite Verkehrsebene mitgedacht werden, namentlich in Form der Schnellbahn und einer Verlängerung der Ostbahn.

Die ÖVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) begrüßt als Mandatar des 22. Bezirkes die Errichtung des Bezirkszentrums. Er sagt: Wir sind bescheiden und begnügen uns am Anfang mit dem Amtshaus. Mit diesem Vorhaben geht eine echte Forderung der Bevölkerung des 22. Bezirkes in Erfüllung. Die Errichtung des Amtshauses und das geplante Kulturzentrum stellen nur einen Beginn dar. Es soll ein wirkliches Behördenzentrum entstehen mit dem

dazugehörigen Polizeikommissariat, einem Arbeitsamt und einem großen und leistungsfähigen Postamt. Auch sollte endlich für den 22. Bezirk eine Mittelschule vorgesehen werden, aber ebenso auch ein Bezirksgericht.

Nach Errichtung des Kulturzentrums werden die Bewohner dieses Bezirkes nicht mehr kulturelle Hintersassen sein. Derzeit sind die Bewohner infolge der ungünstigen Verkehrsverhältnisse nicht in der Lage, am kulturellen Leben der Großstadt teilzunehmen. Wir wollen unsere Eigenart erhalten, aber dennoch muß in einem langsamen Prozeß aus Donaustadt eine Stadt werden. Die Sozialisten begrüßen die Errichtung des Bezirkszentrums und werden dem Antrag selbstverständlich die Zustimmung geben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

Berichterstatter Stadtrat Heller unterstreicht in seinem Schlußwort, daß der Gemeinderat nur für jene Projekte Grundsatzbeschlüsse fassen kann, die die Stadt Wien selbst betreffen. Dazu gehört das Amtshaus. Ein Grundsatzbeschuß auf Errichtung einer Schule in diesem Bereich liegt bereits vor. Wie so oft waren auch in diesem Fall die Lehrer vor den Beamten da. Außerdem wurden in diesem Gebiet schon einige hundert Wohnungen gebaut, denen noch weitere folgen werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Hierauf berichtet GR. Srp (SPÖ) über den Abschluß eines Baurechtsvertrages mit der Votivpark-Garage Ges.m.b.H. und eines Dienstbarkeitsbestellungsvertrages für den Garagenbereich bei der Votivkirche.

GR. Matza (ÖVP) beschäftigt sich im Zusammenhang mit dieser Vorlage mit der Parkraumnot und bezeichnet es als dringend notwendig, dem Wiener Gemeinderat einen Generalverkehrsplan, der 1956 zugesagt wurde, vorzulegen und in aller Öffentlichkeit zu beraten. Die derzeitige Situation auf den Wiener Straßen sei alarmierend. Der ruhende Verkehr behindert den fließenden Verkehr, vor allem innerhalb des Gürtels. In der Inneren Stadt müsse man die Situation als katastrophal bezeichnen. Nach 1945 hat man vielfach im ersten Bezirk neue Verkehrserreger geschaffen. Unverständlicherweise wurden im Wiener Budget 1965 die Ansätze für Straßen und Verkehrsbauten gegenüber 1964 um mehr als 25 Prozent gekürzt. Die anderen Bundes-

länger Österreichs wenden wesentlich mehr Mittel für den Bau der Straßen auf als Wien. (Stadtrat Heller: Haben Sie nicht zugehört, was Vizebürgermeister Slavik heute berichtet hat?) Ich hoffe, Vizebürgermeister Slavik ist nicht böse darüber, daß auch in diesem Hause noch ein Wort der Kritik angebracht wird. (Vizebürgermeister Slavik: Richtig muß es sein!) Es müßte endlich eine vernünftige Planung und eine Lösung für die Verkehrsprobleme gefunden werden. Wenn der Kraftfahrzeugbestand weiter zunimmt, droht das Geschäftsleben zu ersticken. Nur die Schaffung von zusätzlichem Parkraum könne Abhilfe schaffen.

In einem Beschlußantrag verlangt der Redner zur Förderung der Errichtung von Parkgaragen neben anderen Förderungsmaßnahmen die Gewährung langfristiger und womöglich zinsfreier Kredite, damit die Privatinitiative wirksam werden könne.

Für den Bau von Parkgaragen sollten besonders die Gebiete zwischen Ring und Lastenstraße, aber auch Gebiete an den Haupteinfallsstraßen vorgesehen werden. Der Magistrat sollte dem Wiener Gemeinderat ehebaldigst Vorschläge zur Lösung des Parkproblems vorlegen.

Die ÖVP werde dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters Srp wird der Antrag des Referenten ein stimmig angenommen und hierauf der Beschlußantrag dem Gemeinderatsausschuß II zugewiesen.

Kinderpflegerinnen mit pädagogischer Ausbildung

Der nächste Punkt betrifft die Errichtung einer Schule zur Heranbildung von Kinderpflegerinnen mit pädagogischer Ausbildung.

Berichterstatterin Gemeinderat Gertrude Sandner (SPÖ) stellt einleitend fest, daß es für jeden, dem das Wohl der Kinder unserer Stadt am Herzen liegt, eine Freude sein müßte, über dieses Geschäftsstück zu referieren. Seit der Ersten Republik war Wien auf dem Gebiet der Fürsorge und Pädagogik stets führend und beispielgebend. Ständig war es bereit, neuen Erkenntnissen im Bereich der Jugend- und Kindererziehung Rechnung zu tragen und neue Aufgaben im Interesse der jungen Generation auf sich zu nehmen.

In den Heimen für Säuglinge und Kleinkinder zeigt es sich, daß die dort arbeitende Säuglingsschwester wohl über eine ausgezeichnete pflegerische Ausbildung verfügt, doch macht sich das Fehlen jeglicher pädagogischer Unterweisung bemerkbar. Umgekehrt fehlt den Kindergärtnerinnen die notwendige pflegerische Unterweisung.

Aus diesem Grunde soll eine Schule zur Heranbildung von Kinderpflegerinnen mit pädagogischer Ausbildung geschaffen werden. In ihr sollen junge Menschen mit den notwendigen Fähigkeiten ausgestattet werden, um später allen Anforderungen pädagogischer und pflegerischer Art gerecht zu werden.

In Osterreich besteht noch keine Schule ähnlicher Art. Wien ist auf dem Gebiet der Kindererziehung wiederum richtungsweisend und beispielgebend.

Die Schülerinnen sollen ein Taschengeld und eine Praxisbeihilfe sowie geeignete Dienstkleidung und entsprechende Unterkunftsmöglichkeiten erhalten. Das Taschengeld wird im ersten Jahrgang 320 Schilling, im zweiten Jahrgang 445 Schilling monatlich betragen. Dazu kommt eine Praxisbeihilfe von 800 Schilling monatlich.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) begrüßt die Vorlage dieses Antrages, der den sozialen Frauenberuf wieder um eine Stufe besser wertet. Auch bei den Sozialberufen bedarf es immer mehr einer speziellen Ausbildung. Erfreulich ist, daß schon Mädchen mit 16 Jahren in diese Schule aufgenommen werden können.

Wie bei allen sozialen Frauenberufen gehen auch bei der Ausbildung von pädagogisch geschulten Säuglings- und Kinderpflegerinnen Praxis und Theorie Hand in Hand. Von den 46 Wochenstunden werden 20 der Theorie und 26 dem praktischen Unterricht gewidmet sein. Bei der Ausbildung wird auch auf die musische Erziehung besonderer Wert gelegt werden, nicht nur auf Kenntnisse über Kinderkrankheiten, Säuglingsernährung, Diätküche usw.

Seitdem es publik geworden ist, daß eine solche Schule ins Leben gerufen werden soll, sind bereits sehr viele Anmeldungen erfolgt, beziehungsweise haben sich zahlreiche junge Mädchen über die neue Ausbildungsmöglichkeit erkundigt. Wir gehen neue Wege, um den sozialen Frauenberuf aufzuwerten. Wir können sehr stolz darauf sein, daß dem Gemeinderat noch vor der Sommerpause dieser Antrag vorgelegt werden konnte. (Allgemeiner Beifall.)

Der Antrag der Referentin wird einstimmig angenommen.

./.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) referiert einen Antrag, eine Vereinbarung über die Neuregelung der von den Krankenversicherungsträgern zu leistenden Transportgebühren zu genehmigen. Seit 1957 betrug die Gebühr für einen Krankentransport 56 Schilling, für eine Intervention des Rettungsdienstes 39 Schilling. Nach der neuen Vereinbarung, wirksam mit 1. Jänner 1965, sind die Gebühren auf 85 beziehungsweise 59 Schilling erhöht worden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezeichnet das Verhandlungsergebnis als für die Stadt Wien recht unbefriedigend. Die tatsächlichen Kosten einer Ausfahrt der Rettung betragen nämlich 268 Schilling. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

Im Schlußwort erklärt die Referentin, daß derzeit ein besseres Verhandlungsergebnis nicht zu erzielen war.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Bebauungsplan für Dianabad-Gründe

GR. Jodlbauer (SPÖ) referiert über die Abänderung des Bebauungsplanes für das Gebiet Obere Donaustraße - Hollandstraße - Hammer-Purgstall-Gasse und Lilienbrunnengasse im 2. Bezirk.

Unter anderem wird darin eine Fläche als Bauplatz für öffentliche Zwecke ausgezeichnet und werden Grenzmaße für zwei Hochhäuser mit 40 bis 44 beziehungsweise 54 bis 60 Meter festgesetzt. Auch die Herstellung zweier öffentlicher Durchgänge wird festgelegt, sowie, daß die Vorgärten und unverbaut bleibenden Flächen gärtnerisch zu gestalten sind.

GR. Dr. Macher (ÖVP) bemerkt, daß ursprünglich in der Bestimmung für den Bauplatz für öffentliche Zwecke in Klammern "Neues Dianabad" stand. Zu gegebener Zeit wird darüber im Gemeinderat noch zu debattieren sein. Er möchte jedoch heute schon sagen, daß ein neues Dianabad das alte Bad noch übertreffen muß. Der Redner fordert eine 50-Meter-Bahn mit acht Startsockeln sowie daß man für die medizinisch-physikalischen Einrichtungen vorsorge.

GR. Jodlbauer bemerkt im Schlußwort, daß er lediglich den Bebauungsplan zu vertreten gehabt habe.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

7. Subventionsliste 1965

Vizebürgermeister Slavik referiert die siebente Subventionsliste 1965, durch die kulturellen und sozialen Vereinen Subventionen im Gesamtbetrag von 439.030 Schilling gewährt werden.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) protestiert gegen die Subventionierung der Österreichischen Widerstandsbewegung, weil diese Vereinigung gegen seine Partei schimpft und hetzt. Er beantragt, die 50.000 Schilling dem Hochwasserhilfsfonds der Bundesregierung zu überweisen.

Vizebürgermeister Slavik sagt im Schlußwort, daß die Gemeinde bereits drei Millionen Schilling für die Hochwasseropfer zur Verfügung gestellt hat. Er ersuche deshalb, die Liste unverändert anzunehmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der FPÖ verworfen, der Antrag des Referenten mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Hochwasserschutz am rechten Donauufer

Hierauf beantragt Stadtrat Heller (SPÖ) die grundsätzliche Bewilligung des vom Magistrat ausgearbeiteten generellen Entwurfs einer Verbesserung des Hochwasserschutzes am rechten Donauufer. Gleichzeitig soll der Magistrat beauftragt werden, unverzüglich und vordringlich mit dem Bund in Verhandlungen mit dem Ziel einzutreten, daß der Bund, als der zur Durchführung von Regulierungsarbeiten an der Donau Zuständige, das vom Magistrat auszuarbeitende Detailprojekt auf seine Kosten durchführt. Wie der Stadtrat ausführt, hat das Hochwasser des Jahres 1954 mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß die 1870 bis 1875 geschaffenen Hochwasserschutzanlagen nicht ausreichen, um unsere Stadt vor einem wirklichen Katastrophenhochwasser tatsächlich zu schützen. Das Wiener Stadtbauamt hat daher schon nach diesem Hochwasser 1954 eine Vorstudie für den Hochwasserschutz ausgearbeitet. Dieses Projekt wurde von der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission 1963 grundsätzlich gebilligt und der über Initiative des Wiener Stadtbauamtes im Ingenieur- und Architektenverein gegründeten Hochwasserstudienkommission übermittelt. Diese Kommission hat aus einer Anzahl von 27 vorgelegten Projekten drei endgültig begutachtet.

Das Projekt des Strombauamtes sieht lediglich eine Erhöhung der Dämme vor, was nicht ausreicht. Ein zweites Projekt würde zehn bis 15 Milliarden Schilling erfordern, ein Betrag, der in der nächsten Zeit kaum zur Verfügung stehen wird.

Das Projekt des Wiener Stadtbauamtes wurde von der Studienkommission als am besten belegt bezeichnet und als jenes Projekt, das sofort in Angriff genommen werden kann. Es wird daher die Billigung jenes Teiles des Projektes vorgeschlagen, mit dem der Hochwasserschutz am rechten Donauufer durch Vorverlegung und Erhöhung der derzeit im Zuge der Engerthstraße-Wehlstraße befindlichen rechten Hochkante auf den Flächenstreifen zwischen dem rechten Donauufer und der Donauuferbahn verbessert wird. Nach den Kostenberechnungen sind für die Bauwerke 184 Millionen und für Ablöskosten 251 Millionen, insgesamt somit 435 Millionen erforderlich. In der Frage des Schutzes des linken Donauufers kann noch kein Antrag vorgelegt werden, weil für den sogenannten Entlastungskanal noch zwei Untersuchungen im Gange sind. Zur Kostenfrage ist noch festzustellen, daß nach der Gesetzeslage einzig und allein der Bund zur Durchführung dieser Donauregulierungsarbeiten zuständig ist. Der Bund wird daher in nächster Zeit sehr deutlich auf seine Verpflichtungen gegenüber dem Bundesland Wien aufmerksam gemacht werden.

GR. Lauseher (KLS) erklärt, daß uns in Wien das Wasser buchstäblich bis zum Mund stehen mußte, um diese wichtige Frage auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu bringen. Dabei haben wir das Glück gehabt, daß alles mehr oder weniger glimpflich verlaufen ist. Diese Atempause muß aber tatsächlich genützt werden, um durch wirksame Maßnahmen der Stadt und der Bevölkerung einen wirklich absoluten Schutz vor Hochwasser zu geben. Die vom Stadtbauamt vorgeschlagenen Projekte für den Ausbau und die Verbesserung des Hochwasserschutzes auf dem linken und rechten Donauufer scheinen uns ein geeigneter Weg zu sein und werden von uns unterstützt. Auch die Absicht, die Hochwasserschutzmaßnahmen am linken Donauufer mit der Neugestaltung einer Sport- und Erholungsfläche zu verbinden, findet unsere Zustimmung. Es wäre bedauerlich, wenn die zuständigen Stellen des Bundes dafür kein Verständnis aufbrächten.

Noch bedauerlicher aber ist es, wenn das "Volksblatt" dieses Projekt als Kriegserklärung Wiens an den Bund bezeichnet. Es ist dazu angetan, die Atmosphäre zwischen Wien und dem Bund zu vergiften, bevor noch die Verhandlungen überhaupt begonnen haben. Darüber, daß der Bund seinen Verpflichtungen für die notwendig gewordenen Hochwasserschutzmaßnahmen in der Bundeshauptstadt nachkommen muß, sollte in diesem Hause volle Einmütigkeit bestehen. Nichts wäre schädlicher und gefährlicher, als wenn der notwendige Hochwasserschutz für Wien zu einem Streitobjekt würde, über das jahrelang verhandelt und gefeilscht wird. Die Folgen wären im Ernstfall katastrophal, der Schaden ginge in die Milliarden und könnte höher sein als die Kosten der von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Projekte.

Es wäre notwendig gewesen, gleichzeitig wenigstens auch einen Grundsatzbeschluß bezüglich des linken Donauufers zu schaffen. Der Wiener Gemeinderat sollte sich seiner großen Verantwortung bewußt zeigen und die vorgeschlagenen Projekte für den absoluten Hochwasserschutz einmütig beschließen und von der Bundesregierung eine rasche Zustimmung für deren Ausführung erwirken.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ): So erfreulich der Antrag ist, bedarf es doch anscheinend immer erst eines Unglücks, bevor die verantwortlichen Stellen echte Initiative zeigen. Es wirft sich die Frage auf, hätte nicht schon das Hochwasser im Jahre 1954, das ähnliche Ausmaße hatte wie das heurige, Anlaß sein müssen, das Problem unverzüglich und vordringlich zu behandeln? Man kann nicht sagen, daß zwischen 1954 und 1965 überhaupt nichts geschehen ist, aber das Tempo erinnert irgendwie an die schleppenden Vorbereitungen für die dritte Wasserleitung. Der Hinweis auf die Verantwortung des Bundes ist für die vom Hochwasser geschädigte Bevölkerung uninteressant. Die Menschen wollen, daß etwas für ihren Schutz geschieht. Wer das tut, Bund oder Gemeinde Wien, ist ihnen egal. Die Gemeinde Wien wird sich nicht dauernd auf den Standpunkt stellen können, das muß allein der Bund zahlen. Es mag rechtlich haltbar sein, aber in der Praxis wird es wohl kaum etwas nützen, wenn doch dem Bund infolge seiner glorreichen Budgetpolitik Milliarden fehlen. Die Gemeinde wird hier einen Beitrag leisten müssen. Wenn das Hochwasser des Jahres 1965 trotz aller Schäden und Mißernten ein Gutes hat, dann vielleicht dies, daß dieses Thema 'totaler Hochwasserschutz für Wien' nunmehr ganz vorne in der Rangordnung der Wiener Probleme steht und von dort nicht mehr verschwinden darf, bis es gelöst ist.

Gemeinderat Dr. Strunz erläutert einige für das Projekt wichtige Daten: Seit 1910 kann die Donau eine Durchflußmenge von 11.500 Kubikmeter Wasser abführen, wenn die Dämme halten. Bei Zugrundelegung des Hochwassers von 1510 hat man berechnet, daß eine Durchflußmenge von 14.000 Kubikmeter möglich wäre. Auch die Studienkommission hat diese Zahl zur Grundlage genommen, weil die Berechnungen nach den Hochwassermarken oft ungenau sind. Auf jeden Fall ist eine Absenkung des Wasserspiegels erforderlich, die jedoch nur bei den Projekten des Stadtbauamtes und der Studiengemeinschaft Klosterneuburg gegeben erscheint.

Für den totalen Hochwasserschutz rechts der Donau müßten drei Meter aufgeschüttet und befestigt werden. Eine andere Frage betrifft die für seetüchtige Schiffe notwendige Wassertiefe, die beim Klosterneuburger Projekt nur durch Errichtung einer Staustufe unterhalb Wiens erreichbar wäre. Der Lateralkanal ist ohne Einbau von Energiestufen auszuführen und würde 2.682 Millionen Schilling kosten. Der nachträgliche Einbau einer Staustufe unterhalb Wiens wäre teurer als deren vorherige Einplanung. Nachteile des Klosterneuburger Projektes wären ein erhöhter Verschmutzungsgrad des Wassers und dauernde Versandung. Für das Entlastungskanal-Projekt könnte Treibeis gefährlich werden. Jedenfalls sind für den Hochwasserschutz links der Donau noch genaue Überpfügungen erforderlich.

GR. Bednar (SPÖ) weist darauf hin, daß es in den letzten Jahrzehnten bereits Dutzende von Hochwasserschutzprojekten gegeben hat, deren Verwirklichung durch zwei Kriege und die Wirtschaftskrise verhindert wurde. Vielleicht ist das gut, weil die damaligen Projekte das linke Ufer nicht ausreichend berücksichtigen konnten.

Bedeutende Mittel werden für Absiedelungen am rechten Ufer erforderlich sein. 120 Firmen und mehr als 40 Öltanks müssen andere Standorte erhalten. Für jene Firmen, die einen Wasser- und Landumschlag haben, hat die Hafenbetriebsgesellschaft bereits Ersatzgründe vorgesehen. Der geplante 13 Kilometer lange Damm wird jedenfalls das rechte Donauufer für alle Zukunft hochwassersicher machen.

Der Vorwurf, zu wenig Initiative entwickelt zu haben, trifft die Stadtverwaltung nicht, die bereits zwei Millionen für Vorarbeiten ausgegeben hat. Es sei nur an das große Freiluftmodell im Freudenauer Hafen erinnert, das 1,2 Millionen kostete. Einige andere Versuchsreihen laufen noch.

Das Wesentliche an dem Projekt ist die Absenkung des Wasserspiegels, durch die das gefährliche Drängewasser rechts und links der Donau unschädlich gemacht werden muß. Die Stadt Wien hat mit den geleisteten Vorarbeiten ihre Pflicht jedenfalls voll erfüllt. Für die Durchführung der Projekte ist gesetzlich der Bund zuständig. Der Bevölkerung kann die alljährliche Bedrohung durch das Hochwasser nicht länger zugemutet werden.

In seinem Schlußwort begrüßt der Referent die grundsätzliche Zustimmung aller Fraktionen. Die vorgebrachte Kritik gipfelte darin, daß der Antrag zu spät gekommen sei und dazu erst ein Unglück nötig gewesen wäre. Demgegenüber muß betont werden, daß der Hochwasserschutz Bundessache ist und alles, was Wien getan hat, eine Fleißaufgabe war, zu der es womöglich gar nicht berechtigt, zumindest aber nicht verpflichtet war. Es sei auf die Bildung der Studienkommission verwiesen, nachdem sich die Hochwasserschutzkonkurrenz für die Prüfung der Projekte als unzuständig erklärt hatte. Ihr endgültiger Bericht - eine wissenschaftliche Arbeit im Umfang eines Buches - konnte erst im Februar dieses Jahres vorgelegt werden. Daß es bereits heute zu dem Antrag kommen konnte, muß als Rekordtempo bezeichnet werden. Dafür war auch nicht das heurige Hochwasser notwendig.

Unzutreffend ist auch der Vorwurf, der Hochwasserschutz sei nur deshalb nicht forciert worden, weil er sich nicht als "Wahlschlager" eigne. Man kann sich doch nichts Attraktiveres vorstellen, als den Hochwasserschutz links und rechts der Donau.

Das Projekt des Stadtbauamtes kollidiert nicht mit einer späteren Errichtung einer Staustufe unterhalb Wiens. Fachleute der Donaukraftwerke versichern vielmehr, daß es dafür sogar besonders günstige Voraussetzungen schaffe.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der Magistratsantrag einstimmig angenommen.

./.

Neues Wasser für Wien

Stadtrat Pfösch (SPÖ) berichtet über den Antrag, für die Fassung und Ableitung der "Sieben Quellen" aus dem Mürztal nach Hinternaßwald in die I. Wiener Hochquellenleitung einen Sachkredit von 110 Millionen Schilling zu genehmigen. Damit werden der Wiener Bevölkerung 30.000 Kubikmeter Wasser pro Tag zusätzlich zur Verfügung stehen. Das Quellvorkommen wurde vorausblickend bereits am 13. März 1899 um 8.000 Gulden erworben. Es wird ein Stollenschlag mit einer Länge von 9,8 Kilometer erforderlich sein. 1963 wurde das vorliegende Projekt erstmals behandelt. Die wasserrechtlichen Verhandlungen wurden am 25. März dieses Jahres abgeschlossen. Dieses Projekt wurde zunächst heftigst bekämpft und drohte fast zu scheitern. Schließlich siegte doch die Vernunft und es gelang, nach mühevollen und zähen Verhandlungen, jene Vereinbarungen zu treffen, die es der Wasserrechtsbehörde ermöglicht haben, einen positiven Bescheid auszustellen. Dieser Bescheid ist am 30. Juni 1965 vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft erlassen worden. Er enthält eine zeitlich nicht begrenzte Bewilligung zur Ableitung der Quellwässer. Nunmehr wird auf Grund dieses Bescheides an die Ausführung dieses Projektes geschritten. Nach einer Bauzeit von drei Jahren wird die Wiener Bevölkerung erstmals im Winter 1968/69 mit Wasser aus den "Sieben Quellen" zu rechnen haben. In dem veranschlagten Betrag von 110 Millionen Schilling befinden sich auch neun Millionen Schilling für Ablöseforderungen der Besitzer von Wasserrechten und Wasserkraftanlagen an der Mürz und Mur.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) macht darauf aufmerksam, daß auf die Schneealpe eine Anrainerstraße hinaufführt, die unter Umständen auch mit Traktoren und ähnlichen Fahrzeugen befahren werden könnte. Schon 1963 habe sich der Redner gegen den Bau dieser Straße gestellt, um die unersetzlichen Wasservorkommen nicht durch das Auslaufen von Mineralölen zu gefährden. Wir sollen nicht übersehen, daß bereits ein zehnmillionster Teil von Mineralölen Wasser unbrauchbar macht. Die Anrainer werden sich an die vom Österreichischen Wasserwirtschaftsverband herausgegebenen Richtlinien zu halten haben. Bei den "Sieben Quellen" handelt es sich um das letzte Vorkommen von Hochquellen, das zur Trinkwasserversorgung herangezogen werden kann. Die ÖVP-Fraktion wird diesem Projekt selbstverständlich die Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Hans Mayr (SPÖ) gibt seiner Befriedigung Ausdruck, daß mit diesem Antrag ein Beitrag zur Sicherung der Wiener Wasserversorgung geleistet werden kann.

Grundsätzlich sollte sich der Gemeinderat nicht allzu sehr in die Belange der zuständigen Magistratsbeamten einmischen. Der Gemeinderat als politische Körperschaft soll den Wasserwerken den Auftrag geben, einwandfreies, hochwertiges Trinkwasser nach Wien zu bringen. Diesem Auftrag werden die Wasserwerke wie in den vergangenen 100 Jahren auch in Zukunft nachkommen. Daher sollte sich der Wiener Gemeinderat im Plenum nicht mit chemisch-bakteriologischen Untersuchungen beschäftigen und den beamteten Fachleuten nicht ins Handwerk pfuschen. Wohl kann es einen absoluten Hochwasserschutz geben, aber nie eine absolute Wasserversorgung, die auch in Zeiten von extremen Witterungszuständen den Wasserverbrauch nach Belieben sichern kann. Wenn wir heute 151 Millionen Schilling zur Sicherung der Wiener Trinkwasserversorgung bewilligen, dann belasten wir damit jeden Wiener, vom Greis bis zum Säugling, mit mehr als 90 Schilling. Die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Wasserversorgung werden in Zukunft nicht kleiner, sondern noch größer werden. Die von der Gemeindeverwaltung in der Nachkriegszeit eingeleiteten Maßnahmen kommen jetzt nach und nach zum Tragen und garantieren wiederum eine bessere Wasserversorgung.

Mit besonderer Genugtuung stellt der Redner fest, daß die Gemeinde Wien mit sämtlichen bisherigen Wasserrechtbenützern zu freiwilligen Übereinkommen gelangt ist. Die Gemeinde hat für die bisherigen Wasserrechtsbesitzer volles Verständnis gezeigt. Die SPÖ-Fraktion wird dem Antrag gerne die Zustimmung geben. (Beifall bei den Sozialisten.)

Berichterstatter Stadtrat Pfoch betont in seinem Schlußwort ausdrücklich, daß das Einzugsgebiet der "Sieben Quellen" im südlichen Teil der Schneealpe so saniert werden wird, wie es den Quellschutzbestimmungen entspricht. Bezüglich der erwähnten Anrainerstraße hat GR. Dr. Strunz die Gefahren, die der Trinkwasserversorgung drohen könnten, wieder einmal bewußt und gern übertrieben. Man soll nicht ständig versuchen, Panikmache zu betreiben.

Wie der Berichterstatter mitteilt, ist der Leiter der Wasserwerke, der mit Monatsende in den Ruhestand tritt, im Saal anwesend.

Es wird ihm sicher eine Genugtuung sein, dem Wiener Gemeinderat sozusagen als Abschiedsgeschenk dieses Geschäftsstück, das er mit seinen Mitarbeitern in mühevoller und fleißiger Kleinarbeit vorbereitet hat, vorlegen zu können. Gleichzeitig mit der Beschlußfassung soll dem Leiter und allen Angestellten der Wiener Wasserwerke der Dank ausgesprochen werden. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Hierauf begründet GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) den Antrag auf Verlesung und Besprechung der zu Beginn der Sitzung eingebrachten dringenden Anfrage, betreffend die derzeitige Sperre von 3.000 Spitalsbetten in Wien.

Anfang Juli, so führt er aus, hat Stadtrat Dr. Glück die aufsehenerregende Mitteilung gemacht, daß Anfang des Monats von den etwa 11.500 Wiener Spitalsbetten 3.000 Betten gesperrt seien. Früher hat man immer nur von der Sperre von 800 Betten gehört. Die Dringlichkeit der Anfrage ergibt sich aus der Mitteilung des Stadtrates selbst. Wenn tatsächlich ein Viertel der Wiener Spitalsbetten überwiegend wegen dauernden Personalmangels gesperrt werden muß, dann bedeutet dies wohl eine ernste Gefährdung der gesundheitlichen Betreuung der Wiener Bevölkerung. Der Wiener Gemeinderat sollte nicht in die Ferien gehen, ohne dieses wichtige Problem besprochen zu haben.

Bei der Abstimmung wird der Anfrage die dringliche Behandlung nicht zuerkannt. Die Antwort wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schlußansprache des Wiener Bürgermeisters

Der Vorsitzende, Bürgermeister Bruno Marek, ergriff zum Schluß der Sitzung das Wort. Er führte aus:

"Die Zeit meiner Amtstätigkeit ist noch zu kurz, um einen Halbjahresbericht über die heuer bereits geleistete Arbeit sinnvoll erscheinen zu lassen. Ganz allgemein darf jedoch mit gutem Gewissen gesagt werden, daß wieder viel geleistet wurde und alle Funktionäre und Bedienstete unseres Gemeinwesens ihr Bestes gegeben haben, um die Probleme unserer Stadt einer befriedigenden Lösung näherzubringen. Besonders erwähnt soll in diesem Zusammenhang werden, daß es den aufopfernden Bemühungen aller Beteiligten gelungen ist, in

den Hochwassertagen dieses Frühjahrs größere Schäden und Verluste im Bereiche Wiens zu verhindern.

Wenn ich nun die Damen und Herren des Wiener Gemeinderates für die Sommermonate, in denen keine Sitzungen stattfinden, verabschiede, so soll dadurch in der Bevölkerung nicht der Eindruck erweckt werden, daß die Stadtverwaltung in der Zeit der Sitzungspause alle Hände in den Schoß legt und daher nichts geschieht. Ganz im Gegenteil, die Sommermonate bringen allen Geschäftsgruppen vermehrte Arbeit dadurch, daß die Bausaison ihren Höhepunkt erreicht und bauliche Herstellungen aller Art gerade in dieser Zeit vorangetrieben werden müssen.

Auch von den Abgeordneten dieses Hauses gilt, daß die meisten unter ihnen sich kaum für einige wohlverdiente Urlaubswochen freimachen können.

Die sommerliche Unterbrechung des Funktionsjahres bringt es jedoch mit sich, daß die einzelnen Gemeinderatsfraktionen einander längere Zeit nicht zu Gesicht bekommen. Der dicke Strang, an dem wird gemeinsam zu ziehen haben, wird es gewiß verhindern, daß hier das Sprichwort Geltung bekommt: "Aus den Augen, aus dem Sinn!" Jedoch sollte die Sitzungspause des Gemeinderates auf alle seine Mitglieder als "schöpferische Pause" wirken, aus der der Geist der Zusammenarbeit nicht erkaltet, sondern gefestigt hervorgeht.

Daß ein wenig davon in der nächsten Sitzung des Wiener Gemeinderates im Herbst spürbar werde, ist nicht nur mein Herzenswunsch, sondern auch eine Bitte an Sie, meine Damen und Herren!"

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Mainzer Stadtväter besichtigen Wiener Verkehrsbauten
=====

30. Juli (RK) Oberbürgermeister Fuchs von Mainz mit zehn seiner Mitarbeiter, darunter der Mainzer Baustadtrat und der Baudirektor, trafen heute vormittag auf dem Flughafen Schwechat zu einem 24stündigen Aufenthalt ein. Dieser Blitzbesuch dient der Besichtigung von Wiener Verkehrsbauten.

Bürgermeister Marek hieß die Gäste aus Mainz in Anwesenheit der Stadträte Heller, Pfoch und Sigmund im Rathaus herzlich willkommen. Bei dieser Gelegenheit teilte Oberbürgermeister Fuchs mit, daß die Stadt Mainz vor schwierigen Verkehrsproblemen stehe. Der gute Anklang, den die Wiener Straßenkreuzungsbauwerke in der ganzen Welt finden, habe sie bewogen, diese an Ort und Stelle zu studieren.

Die anschließende Führung, die von erstklassigen Baufachleuten bestritten wurde, begann bei den Baustellen an der Zweierlinie und ging dann über Schottentorpassage, Albertina-Passage, Opernpassage, Baustelle der Unterpflasterbahn Matzleinsdorfer Platz zur Gürtelbrücke und zur Nordbrücke.

Auch Studienkommission der TH Stuttgart eingetroffen

Wie soeben bekannt wurde, ist heute auch eine Studienkommission der Technischen Hochschule Stuttgart, die einen ähnlichen Besichtigungswunsch hat, in Wien eingetroffen.

- - -